

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk.
Wochensatz 36 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgepaltene Annoncen-
zeile oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 80 Pf.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
Mittwoch, den 21. Oktober 1914.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Kämpfe in Nordfrankreich und Nordbelgien.

Kämpfe bei Neuport und Lille.

Amflich. Großes Hauptquartier, 20. Ok-
tober, vormittags. (W. L. B.) Die deutschen
von Ostende längs der Küste vor-
gehenden Truppen stießen am Yserab-
schnitt bei Neuport auf feindliche Kräfte. Mit
diesen stehen sie seit vorgestern im Gefecht.
Auch gestern wurden Angriffe des Geg-
ners westlich Lille unter starken Ver-
lusten für den Angreifer abgewiesen.
Auf dem östlichen Kriegsschauplatz hat
sich nichts Wesentliches ereignet.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Millionenschlacht und Festungskrieg.

Einem Artikel des Generals v. Plume vom 19. Oktober
entnehmen wir folgende Darlegungen:
Noch immer, seit nunmehr fünf Wochen, sieht unser Westheer
in heftiger Schlacht der französisch-englischen Gesamtstreitmacht
gegenüber, die, unterstützt durch ein buntes Gemisch zuhilfen-
gegriffener fremder, auch wilder Völkerkräfte, verzweifelte Anstren-
gungen macht, den geheiligten Boden Frankreichs von den Ver-
bären zu befreien. Unter Unfassungsversuchen hat sich der nordwest-
liche Flügel der Schicksalslinie nach und nach bis nahe an die
Gestade der Nordsee ausgedehnt, die ganze Linie eine Länge von
350 Kilometern - gleicht der Entfernung von Berlin bis zur
Weichsel bei Thorn - erlangt. Weder auf einem der Flügel noch
in der Mitte dieser gewaltigen Front hat bisher, trotz ununter-
brochenen blutigen Ringens, eine von beiden Parteien einen für
das Ganze entscheidenden Erfolg erzielt. Kaum daß hier und
da ein geringes Vor- oder Zurückdrängen der Linie stattgefunden
hat, das überdies oft nur vorübergehender Art war.

Die Kriegslage.

Wesentliche Veränderungen sind auf den Kriegsschau-
plätzen seit der Einnahme von Antwerpen und der Be-
setzung von Brügge und Ostende nicht eingetreten, trotz-
dem an verschiedenen Stellen heftige Kämpfe stattgefunden
haben.

So bei Lille und südlich von Ostende. Dort
stehen starken deutschen Truppen zahlreiche englisch-französisch-
belgische Streitkräfte gegenüber.

Bekanntlich hatten unsere Gegner schon vor dem Fall
Antwerpens die größten Anstrengungen gemacht, ihren äußersten
linken Flügel bis nach Belgien hinauf zu verlängern. Teils,
um den deutschen rechten Flügel durch eine Umklammerung
zum Zurückweichen zu bringen, teils um mit den belgischen
Truppen in West-Belgien und in Antwerpen Fühlung zu ge-
winnen. Man hoffte so eine einheitliche Kampfesfront bis
nach Antwerpen herzustellen, diese wichtige Festung im Rücken
von Brüssel zu halten und die belgische und französische See-
küste gegen die Deutschen zu schützen.

Der rasche Fall Antwerpens durchkreuzte diese strategische
Berechnung. Die vor Antwerpen freigeordneten deutschen
Truppen rückten in Verfolgung der fliehenden Antwerpener
Besatzung über Brügge und Gent hinaus rasch auf Ostende
vor, brachten diesen wichtigen Hafenplatz in ihre Hand und
drangen sowohl an der Küste wie südlich von Brüssel gegen
die französische Grenze vor. Die letzten Kämpfe werden von
Nieuport, am Kanal, unweit der Grenze gelegen, ge-
meldet. Ypern, weiter landwärts gelegen, ist zwar von
feindlichen Truppen besetzt, aber scheinbar von den deutschen
Truppen umschlossen und isoliert.

Die beiderseitigen Heereskräfte ringen auf der Linie
Nieuport-Lille heftig miteinander. Es handelt sich dabei
offenbar um Ueberflügelung auf dieser äußersten, an die Küste
gelehnten Flanke der ausgedehnten Kampfeslinie. Gelingt es
den deutschen Truppen, die Gegner zurück zu drängen, so ist
das nächste Ziel der deutschen Offensive vermutlich der
französische Hafen Dünkirchen, von wo aus es bis nach
Calais nicht mehr weit ist.

An der ostpreussischen Grenze, wo bis jetzt alle er-
neuten russischen Invasionsversuche zurückgewiesen wurden,
scheint der Kampf zurzeit keine größeren Dimensionen ange-
nommen zu haben.

An der großen südpolnisch-galizischen
Schicksalslinie dagegen dauern die Kämpfe mit Heftigkeit
fort. Wenigstens werden von österreichisch-ungarischer Seite
österreichische Erfolge vom galizischen Kriegsschauplatz,
sowie die Zurückverwerfung einer starken russischen Kavallerie-
macht in Südpolen gemeldet. Doch hat sich die Schicksalslinie,
die durch Weichsel und San gebildet wird, im ganzen
noch nicht verschoben. Daß die Kämpfe der deutschen Truppen
sich bereits im Vorgelände von Warschau abspielen, ist
bereits in den letzten Tagen gemeldet worden.

Auch auf dem östlichen Kriegsschauplatz scheint eine
größere Entscheidung so bald nicht zu erwarten zu sein. Auch
hier hat der Kriegsschauplatz, auf dem sich die Millionen-
heere gegenüberstehen, eine so kolossale Ausdehnung an-
genommen, daß sich die Schlachten in eine Unzahl von
Einzelfechten auflösen dürften, deren Endergebnis sich erst
in geraumer Zeit wird feststellen lassen.

Unter den bereits mehrfach erwähnten Veränderungen der
Kriegslage, die aus diesen Tatsachen zu uns sprechen, nimmt die
Verbesserung und ausgedehnte Anwendung der Feldbeschie-
digungskunst an und für sich sowie wegen der erschwerenden Wir-
kung, die sie auf das Angriffsverfahren ausübt, einen wichtigen
Platz ein. Daß diese Erscheinung zeitlich mit einer Verminderung
der Widerstandsfähigkeit, wobei der Bedeutung von Festungen zu-
sammenfällt, ist nur ein scheinbarer, innerer Widerspruch, der seine
Aufklärung darin findet, daß der schnelle Erfolg der neuesten An-
griffe auf Festungen wesentlich einer beim Bau der letzteren nicht
vorzusehenden Verbesserung der schwersten Geschütze zuzu-
schreiben ist, die jedoch im Feldkrieg nicht verwendbar sind.
Eine Festung gewährt dem Verteidiger weithin freies Schuß-
feld, beträchtlichen Schutz gegen das feindliche Feuer und Sicher-
heit gegen überraschenden Sturmangriff (Sturmfreiheit). Da
überdies in ihr Vorsorge für gute Unterkunft, geregelte Verpfle-
gung usw. der Besatzung gesorgt sein wird, so kann sie unter
wertvoller Schonung der menschlichen Kräfte verteidigt werden.
Gleich großen Vorteil kann freilich die Feldbeschießung selbst da,
wo sie auf hoher Stufe steht, nicht bieten. Zumeist aber ist
es mit ihrer Hilfe möglich, die Wirkung des feindlichen Feuers
erheblich abzuschwächen, die des eigenen Feuers zu erhöhen und
feindlichen Sturmangriff zu erschweren, somit Truppenkräfte zu
schonen und zu ersparen. Und einen wichtigen Vorzug hat sie
vor den Festungen: den, daß sie nicht örtlich gebunden ist, sondern
überall da angewandt werden kann, wo die Beschaffenheit des
Bodens und dessen Bebauung nicht hindernd im Wege stehen. Das
Rasch des Ruhens, der aus ihr gezogen werden kann, ist jedoch be-
dingt durch die Geschicklichkeit der Truppen, ihre Ausdehnung mit
geeigneten Werkzeugen und Material und besonders durch die
verfügbare Zeit.

Zeit für den Zweck haben nun beide Parteien reichlich in einer
Kriegslage, wie der gegenwärtig in Frankreich bestehenden. Und
da sich aus dieser Kriegslage für beide die Aufgabe ergibt, den
Gegner unter Verdängung aus seiner Stellung zu besiegen, so
ist es nur natürlich, daß dort auf beiden Seiten von der Feld-
beschießungskunst der ausgiebigste Gebrauch gemacht wird, und zwar
nicht nur zu Verteidigungszwecken, sondern auch zu dem Zweck,
den Angriff mit möglichst geringen Verlusten näher an den Feind
heranzuführen. Die Folge davon ist, daß sich jetzt die Gegner
auf der ganzen langen Front tief verdrängt haben, vielfach auf kurze
Gewehrschussweite gegenüberstehen, die vorderen Schützengräben
und Stützpunkte Tag und Nacht von schußbereiten Schützen dicht
besetzt haltend, und daß das Beschütz- und Gewehrfeuer, hier und
da durch Angriffsanordnungen zu großer Heftigkeit gesteigert,
trotz der Schutzwehren auf der ganzen Front beständig namhafte
Opfer fordert.

Bei dieser Sachlage kann, wenn nicht noch die Durchführung
eines umfassenden Flügelangriffs gelingt, die Entscheidung nur
davon abhängen, welche Partei Strapazen, Entbehrungen und
Verluste am längsten aushält und hierdurch oder durch Zuführung
frischer Truppen einen Ueberbruch an Kraft gewinnt, der
ausreicht, um die Front des ermatteten Gegners zu durchbrechen
und dadurch das Ganze in Fluß zu bringen. An Ausdauer aber
dürfen wir hoffen, uns unseren Gegnern überlegen zu erweisen
und auch am längsten über frische Truppen zu verfügen.

Kämpfe südlich von Ostende.

Amsterdam, 20. Oktober. (Z. U.) Ein heftiges Gefecht ist
im Gange bei Nieuwpoort südlich von Ostende.

Deutsche Flieger über Nancy.

Von der Schweizerischen Grenze, 20. Oktober. (Z. U.) Die Zei-
tung „Etoile de l'Est“ in Nancy erzählt, daß zwei deutsche Aeroplane
am vergangenen Dienstag über Nancy flogen und folgende Postkarte
fallen ließen: „Zweitausend Meter über Nancy. Zu unserem großen
Bedauern verhindert, Euch zu besuchen, bleibt uns nur übrig, Euch
auf diesem ungewöhnlichen Wege unsere mit Liebenswürdig-
keit und Pulver gefüllten Grüße zu senden.“

Anmerkung der Redaktion: Ob unsere Flieger nicht lieber auf
solch höhnende Begleitbriefchen zu ihren Bomben verzichten sollten?
Wir leben doch schließlich nicht mehr in der Zeit des Trojan-
ischen Krieges!

Die Vereinigten Staaten von
Amerika und der Weltkrieg.

In mannigfaltiger Beziehung macht sich der Krieg im
Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten fühlbar. Zunächst
ist das Geld- und Kreditgeschäft völlig zerrüttet. Für täg-
liches Geld zahlt man auch heute noch 8 Proz. Die Börse
bleibt geschlossen und infolgedessen ist nicht nur das Effekten-
geschäft ins Stocken geraten, sondern auch der internationale
Geldverkehr höchst erschwert. Die Vereinigten Staaten sind
aber an das Ausland verschuldet und leiden daher unter Ent-
wertung ihrer Valuta. Für den Pfund-Sterling-Wechsel
zahlt man bis unlängst über 5 Dollar, heute zahlt man noch
4,98 Dollar, während er normalerweise zu 4,855 zu haben war.
Da Amerika große Schulden an das Ausland zu regulieren
hat, so muß diese Entwertung des amerikanischen Wechsels
auf dem Wirtschaftsleben schwer lasten. Daher haben die
amerikanischen Banken mit der Genehmigung der Federal
Reserve Board einen 100-Millionen-Fonds gebildet, um
das Devisengeschäft zu regulieren. Bevor indes die Börsen
nicht geöffnet werden, können auch auf dem Geldmarkte keine
normalen Zustände eintreten.

Anfolgedessen leidet aber auch das Import- und
Exportgeschäft, weil das internationale Zahlungsmittel
fehlt. Immerhin macht sich in den Vereinigten
Staaten ein gewisses Ausleben des Exports bemerkbar. An-
scheinend ist die Nachfrage nach Getreide groß. So schreibt
die „New Yorker Handelszeitung“ vom 26. September:

„In der letzten Woche sind Produkte im Werte von 17,21
Millionen Dollar zum Export gelangt gegenüber einer vor-
jährigen Ausfuhr von 12,8 Millionen Dollar. Neben
Weizen und Weizenmehl, Roggen und Hafer schließt der vor-
wichtige Export auch große Verladungen von rohem und raffi-
niertem Zucker nach England ein. Neben England treten
auch Frankreich, Holland, Südamerika usw. als Käufer auf.
„The Evening Post“ vom 26. September meldet, daß auch
Deutschland große Weizenkäufe gemacht hat, die über Nor-
wegen und Holland gegangen sind.“

„Unseren Getreidefarmern“, meint die „New Yorker Han-
delszeitung“, „bringt der europäische Krieg die Sicherheit
hoher Preise für ihre Produkte auch noch für das kommende
Jahr, und dadurch gesteigerte Wohlhabenheit unserer west-
lichen Landwirte muß notwendigerweise das Gesamtgeschäft
günstig beeinflussen.“

Daraus müssen in erster Linie die Bahngesellschaften pro-
fitieren, die in den letzten Wochen unter bedeutendem Ver-
kehrsmangel gelitten haben.

Ziel ungunstiger liegt das Baumwollgeschäft
des Südens. Die Baumwollindustrie befindet sich überall in
einer Krise, die Nachfrage nach Baumwolle hat sich stark ver-
mindert, so daß der Baumwollpreis in wenigen Wochen von
13 Cents auf 8 1/2 Cents pro Pfund gesunken ist, was einer
Entwertung der Baumwollernte von 400 Millionen gleich-
kommt. Bereits sehen sich bedeutende Firmen genötigt, um
Zahlungsausschub zu bitten. Zur Abhilfe der Not ist eine
Bewegung eingeleitet worden, die bewirkt, den Farmen die
Baumwolle zu 10 Cents abzukaufen. Ob mit Erfolg, läßt sich
vorläufig nicht voraussagen.

Umgekehrt hat sich die amerikanische Baum-
wollindustrie etwas erholt. Verschiedene Fabriken,
die geschlossen waren, haben ihren Betrieb wiederum aufge-
nommen. Noch regeres Geschäft wird aus der Wollindustrie
gemeldet; die Wollstoffpreise sind auch in den Vereinigten
Staaten angezogen.

In der Eisen- und Stahlindustrie wird immer noch bloß
mit 50 Proz. der Leistungsfähigkeit gearbeitet, obgleich die
Aufträge etwas zugenommen haben. Da aber die Eisenbahn-
gesellschaften sich noch zurückhalten, ist eine bedeutende Wen-
dung auf diesem Gebiete vorläufig kaum zu erwarten.

Sehr beachtenswert sind die Vorgänge in der Handels-
schiffahrt. Der Stahltrust läßt seine 9 Dampfer, die bisher
unter englischer Flagge segelten, unter amerikanischer fahren.
Das gleiche tut der „Fruchttrust“ mit seinen 25 Dampfern.
Der Deltrust erweitert seine Flotte usw. Kurz, die Ver-
einigten Staaten suchen so rasch wie möglich sich einer
möglichst großen Anteil an dem Weltverkehr
zu sichern, so daß die „Times“ die englischen Unternehmer auf
diese Gefahr aufmerksam zu machen für nötig gefunden habe.

Die Warenpreise in New York waren nach der
„Evening Post“ wie folgt (in Dollar):

Table with 3 columns: Item, 20. September 1913, 1914. Items include Weizen, Mais, Hafer, Rindfleisch, Ruder, Kohlen, Stahl, Kupfer, Baumwolle.

Daraus geht deutlich hervor, daß während die Industrie unter den Einwirkungen des Krieges schwer zu leiden hat, die Landwirtschaft gute Geschäfte macht. Die Rohstoffpreise sind gesunken, und selbst die reichsten Kupfergesellschaften haben die Auszahlung von Dividenden eingestellt. Dafür werden die Landwirte und die Zuckerfabrikanten reich werden.

Oestlicher Kriegsschauplatz. Zur Millionenschlacht in Russisch-Polen.

Der militärische Mitarbeiter der Petersburger Zeitung „Retsch“ schrieb bereits in der Nummer vom 11. d. M., also zu einer Zeit, wo die militärischen Maßnahmen weitlich von der Weichsel noch ziemlich im unklaren waren:

„Alle Operationen an der ostpreussischen Front sind jetzt von untergeordneter Bedeutung, die ganze Aufmerksamkeit konzentriert sich nun auf die Operationen, die sich links von der Weichsel zu entfalten beginnen. Hier werden offenbar in kurzer Zeit sich Ereignisse von Weltbedeutung abspielen, von denen möglicherweise der Ausgang des ganzen Krieges abhängen wird. Hier werden Millionenarmeen zusammenstoßen, hier wird eine neue Völkerchlacht sich abspielen.“

Die deutsch-österreichische Armee rückte am 9. d. M. im Rajon Sandomir-Twongorod bis an die Weichsel heran, und an einigen Punkten begannen unsere Truppen ein Artilleriegefecht mit dem Gegner.

Die Festung Twangorod liegt am linken Ufer der Weichsel, beim Einfall des Nebenflusses Wjeprieh, etwa 90 Werst von Sandomir und 85 Werst südöstlich von Warschau und deckt die Eisenbahnbrücke über die Weichsel. In diesem Abschnitt dient die Weichsel als Grenze zwischen den Gouvernements Radom und Lublin.

Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz. Oesterreichisch-deutsche Erfolge.

Wien, 19. Oktober. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart: 19. Oktober mittags: In der Schlacht östlich von Chyrom und Przemysl brachte uns der gestrige Tag neuerdings große Erfolge, besonders erbitert war der Kampf bei Wyzniet. Die Höhe Wyzniet, die bisher in den Händen des Feindes war und unserem Vordringen bedeutende Schwierigkeiten bereitet hatte, wurde nach mächtiger Artillerievorbereitung nachmittags von unseren Truppen genommen. Nördlich Wyzniet kam unser Angriff bis auf Sturmabstand an den Gegner, östlich Przemysl bis in die Höhe von Redzka heran.

Am südlichen Schlachtfeld wurden die namentlich gegen die Höhen südwestlich Starzjamber gerichteten, auch nachts fortgesetzten Angriffe der Russen abgeschlagen.

Im Strzyj- und Swica-Tale sind unsere Truppen kämpfend im weiteren Vordringen begriffen. Auch am San wurde gestern an mehreren Punkten gekämpft. Ein nach Einbruch der Dunkelheit eingeleiteter Angriff auf unsere bei Zeroslau auf dem Ostufer des Flusses überschritten Kräfte scheiterte vollständig.

In Russisch-Polen schlug vereinigte deutsche und österreichisch-ungarische Kavallerie einen großen feindlichen Kavalleriekörper, der westlich Warschau vordringend versuchte, über Sochatschew zurück.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
von Haxser, Generalmajor.

Das Totenfeld von Przemysl.

Wien, 20. Oktober. (W. T. B.) Der Berichterstatter der „Reichspost“ schildert das Totenfeld vor Przemysl folgendermaßen: Es ist ungeheuer, wieviele Tote die Russen vor Przemysl gelassen haben. Ich habe dort Massengräber gesehen von riesiger Ausdehnung. Trotzdem liegen noch Tausende von ungeborgenen Leichen auf den Feldern. Weithin war Tod und Vernichtung gesät, soweit wir sahen. Wir haben geschaut, was wir konnten, aber für Laufende von Armen gab es dort noch Arbeit, um diese breiten Spuren eines tausendfachen Todes zu verwischen. Die Stürme der Russen sind schon vor den ersten Verhaufen von Przemysl zusammengebrochen. Achtmal setzten sie neuerlich Angriffe an, achtmal erstarb ihr Sturm in dem vernichtenden Feuer, das sie empfing. Auf einem Felde fanden wir weithin im Umkreise Abzeichen des 127. russischen Infanterieregiments, das zugrunde gegangen ist. Uebereinstimmend melden die Kriegsberichterstatter, daß die Russen jeden Versuch der Verteidiger der Festung, die russischen Leichen auf dem Festungsgelände zu begraben, durch heftiges Schrapnellfeuer verhinderten, augenscheinlich, um eine Verpestung der Luft herbeizuführen und den Aufenthalt in der Festung auf diese Weise unmöglich zu machen.

Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz. Serbische „Erfolge“!

Wien, 20. Oktober. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart vom 19. Oktober: Die serbische Presse verbreitet in den letzten Tagen eine Reihe von Siegesnachrichten, die vielleicht im Bereich ihrer Wünsche gelegen sind, die aber mit den tatsächlichen Verhältnissen in völliger Widersprüche stehen und auf Nachforschendes reduziert werden müssen: 1. Der angebliche Sieg bei Burjacia war eine durch das Hochwasser der Drina bedingte, nicht aber durch einen serbischen Angriff erzwungene Räumung eines überfluteten kleinen Brückenkopfes, dem an und für sich keine sonderliche Bedeutung zukommt. Die Räumung vollzog sich in größter Eile, ja sogar ohne Störung durch den Gegner, und sind daher die Angaben über zahlreiche Gefangene usw. vollkommen unzutreffend. — 2. Am Guccevo-Rücken spielen sich infolge der großen Nähe der dort befindlichen Kampflinien fast täglich Kämpfe ab, in denen bald die Serben, bald die eigenen Truppen die Angreifenden sind. Eine sonderliche Bedeutung kommt diesen Kämpfen nicht zu. Daher sind auch die serbischen Nachrichten von großen Erfolgen am Guccevo-Rücken Entstellungen der Tatsachen. Dagegen verschweigt aber der Gegner, daß am selben Tage, an welchem der „glänzende Sieg“ am Guccevo-Rücken erzwungen wurde, weiter südlich ein viel ernsterer, durch Artillerie unterstützter serbischer Angriff blutig abgewiesen wurde. — 3. Auf der Romanje Planina

fehlt die von den Serben angeblich geschlagene Division eben die Säuberungsaktion fort. Teile derselben haben am 12. und 13. Oktober in Kravoursen Kämpfen drei bis vier serbische Bataillone zerprengt und zahlreiche in den Wäldern herumirrende Soldaten und Offiziere gefangen genommen. Dadurch ist die serbische Kriegsberichterstattung zur Genüge charakterisiert und bedarf keines weiteren Kommentars.

Vom österreichisch-monte- negrinischen Kriegsschauplatz. Küstengefächte.

Rom, 19. Oktober. (W. T. B.) Das „Giornale d'Italia“ meldet aus Antivari: Am 17. d. M. vormittags traf in Antivari der französische Dampfer „Viamone“ mit Munition für die schwere Artillerie und Aeroplanen ein. Als man an die Ausschiffung ging, kam ein österreichischer Aeroplan, der zwei Bomben schleuderte, die keinen Schaden anrichteten. Gegen Sonnenuntergang, als die „Viamone“ zu ihrem Schutze auf die hohe See fuhr, warf ein österreichischer Aeroplan zwei weitere Bomben und eine Wache mit Dynamit, aber auch diese verursachten keinen Schaden. Am 18. d. Mts. vormittags fand ein Unternehmen statt, das in Anbetracht der Nähe der französischen Flotte in der Tat sehr bemerkenswert und kühn gewesen ist. Um 8 Uhr 35 Minuten saß verließen zwei österreichische Schiffe die Bucht von Cattaro, drangen mit ausgelassenen Lichtern in den Hafen von Antivari ein und bombardierten ihn heftig in der Absicht, die Speicher des Hafens zu zerstören. Dann entfernten sie sich unbeschädigt nach Punta deliro.

Der Seekrieg.

Ein japanischer Kreuzer vernichtet.

London, 20. Oktober. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Tokio: Nach amtlicher japanischer Bekannmachung ist der Kreuzer „Takatschjo“ am 17. Oktober in der Kiautschou-Bucht auf eine Mine gelaufen und gesunken. Von der 264 Mann betragenden Besatzung sollen 1 Offizier und 9 Mann gerettet sein.

Der „Takatschjo“ gehört zu den ältesten Kreuzern der japanischen Flotte, denn er ist bereits 1885 vom Stapel gelaufen. Er hatte 3700 Tonnen Wasserdrängung und lief 18 Seemeilen. Er war ausgerüstet mit acht 15-Zentimeter- und sechs 47-Zentimeter-Geschützen, zuletzt wurde er als Torpedoschulschiff verwendet.

Zum Untergang des E 3.

Bei der Vernichtung des englischen Unterseebootes E 3 sind, wie gemeldet wird, auf deutscher Seite keine Verluste zu beklagen.

E 3 gehörte zu den neuesten englischen Unterseebooten und hatte eine Besatzung von 27 Mann.

Das Gefecht in der Nordsee.

London, 20. Oktober. (W. T. B.) Der Kreuzer „Undaunted“ und vier Zerstörer, die am 18. d. M. in Harwich ankamen, berichten über den Kampf in der Nordsee folgendes: Wir verließen Harwich am Sonnabend zu einem Patrouillendienst. Es gelang, die deutschen Schiffe zum Kampf zu zwingen, die tapfer gegen die Uebermacht fochten. Die großen Geschütze der „Undaunted“ eröffneten das Feuer auf fünf Meilen. Der Kreuzer, der durch die Begleitschiffe gegen Torpedoongriffe geschützt wurde, richtete das Feuer gegen zwei feindliche Boote, während die britischen Zerstörer die anderen beschäftigten. Die deutschen Torpedoboote sanken nacheinander, bis zuletzt tapfer kämpfend. Das Gefecht dauerte anderthalb Stunden.

Protest gegen die Verletzung der Genfer Konvention.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht eine Denkschrift, worin gegen das völkerrechtswidrige Verhalten französischer Truppen und Freischärer scharfer Protest erhoben wird. Die Denkschrift wird der französischen Regierung sowie den Regierungen der neutralen Mächte zugehen. In 15 Anlagen werden eine Reihe Fälle angeführt, die teilweise durch eidliche gerichtliche Vernehmungen festgestellt worden sind. Wir greifen nachstehend einige dieser Fälle heraus.

Der Jäger zu Pferd Franz Mewihen vom Jägerregiment zu Pferde Nr. 7 sagte u. a. aus:

Nach dem Gefecht gegen die drei französischen Eskadrons am 7. d. M. etwa 10 Kilometer südwestlich von Arlon, auf belgischem Gebiet, hatte ich mich in der Nacht in einem Strohdickem verdeckt. Von meinem Versteck aus habe ich gesehen, wie die Franzosen verwundete deutsche, noch lebendige Jäger zu Pferde mit ihren Lanzen erstickten. Ich sah sie in der hellen Nacht auf dem Gefechtsfelde umhergehen und hier und da sich bewegende dastehende Jäger zu Pferde erlegen. Einmal richtete sich ein Jäger über sein Pferd auf; er wurde sogleich erstickt.

Der Rusletier Kämpen vom Infanterieregiment Nr. 78 bekundet unter seinem Eide folgendes:

Am 20. August war ich in der Schlacht von St. Quentin in der Nähe des Dorfes Guise durch einen Schuß ins rechte Bein verwundet liegengelassen. Als unsere Truppen sich etwas zurückgezogen hatten, kamen etwa gegen 1/2 Uhr ungefähr 50 französische Soldaten unter Führung mehrerer Offiziere. Sie gingen im Jizjad übers Schlachtfeld, und ich sah, daß die Soldaten mit dem Bajonett auf mehrere am Boden liegende Verwundete einstiegen. So stachen sie auch auf einen Verwundeten, der höchstens 10 Schritte von mir entfernt lag. Als er um Hilfe rief, schoß ihn ein französischer Offizier mit einer Pistole in den Mund, worauf er sofort tot war. Ich weiß bestimmt, daß der Täter ein Offizier war.

Sie kamen dann an mich heran. Ich stellte mich tot, sie stachen mehrfach mit dem Bajonett auf mich ein, aber nicht tief. Ich habe neun leichte Verletzungen davongetragen. Sie drehten mich auch mit den Bajonettspitzen auf die andere Seite. Ein Bajonettstich ist geführt von der rechten Seite quer durch den Helm und hat die linke Hand, die ich wohl an der linken Kopfseite liegen hatte, zwischen Ring- und kleinen Finger verletzt.

Der Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 76, Oberst Schuber, erstattete an die oberste Dienstleitung folgende Meldung: Bethencourt, den 10. September 1914.

Am 8. September sind zwei Automobile mit Verwundeten, die die Genfer Flagge führten, im Forêt dominal von einer französischen Radfahrerabteilung unter Führung eines Offiziers überfallen worden. Verwundete und Fahrer wurden ermordet und beraubt. Nur zwei Mann sind verwundet entkommen und haben diese Angaben dem Stabsarzt ihres Bataillons gemacht, der sie der Sanitätskompanie in Gondreville am 9. September übergab. Die 7. Division meldete dem Generalkommando:

Diedenhofen, 14. August 1914.

Nach bestimmter Aussage von Augenzeugen wurde der Oberarzt Dr. Stamer, Infanterie-Regiment Nr. 19 (Eskadron Landbed.), bei Villers la Montagne nicht von Frontkämpfern, sondern von französischen Schützen (Radfahrern) aus nächster Entfernung erschossen.

Die 6. bayerische Infanterie-Division berichtet:

Arzowurt, 27. August, 11 Uhr vormittags.

Am 26. August nachmittags wurde das vor der jetzigen Geseledsfron der Division gelegene Gefechtsfeld (in der Gegend von Raize) durch Kranenträgerpatrouillen der Sanitätskompanie nach liegengelassenen Verwundeten abgesehen. Diese Patrouillen wurden von französischer Infanterie, ohne Rücksicht auf das rote Kreuz, beschossen und zerprengt; zurzeit fehlen noch etwa 100 Mann der Sanitätskompanie.

Der Kommandeur der 2. Sanitätskompanie berichtet an die 10. Infanterie-Division:

St. Maurice, den 24. September 1914.

Als am 22. d. M. die Kranenträger der 2. Sanitätskompanie mit dem Abführen des Gefechtsfeldes nach Verwundeten beschäftigt waren, erschien plötzlich aus der Spitze des St. Rember-Waldes feindliche Infanterie, etwa 40 bis 50 Mann, unter Führung von zwei Offizieren. Obwohl diese haben oder jedenfalls sehen mußten, daß sie vor sich nur Kranenträger hatten, die auf Tragen schon Verwundete trugen oder mit Tragen nach Verwundeten suchten, und obwohl sie fernere die in der Nähe befindlichen Krankenwagen unbedingt sehen mußten, eröffneten sie sofort auf 50 Meter Entfernung auf die Kranenträger und Krankenwagen ein heftiges Feuer; einige von ihnen liefen sogar mit dem Rufe „Eine la France!“ auf den ihnen zunächst befindlichen Krankenwagen zu, erschossen die drei in denselben bereits eingelieferten Verwundeten, den Wagenschreiter, den Fahrer und die beiden Pferde.

Die 2. Sanitätskompanie hat durch dies Vorgehen der Franzosen den Verlust von 8 Toten, 9 Schwerverletzten und 2 Leichtverwundeten zu beklagen.

Ungeheuerlich lautet der Bericht der Oberärzte Dr. Neumann und Dr. Grünfelder vom bayerischen Pionier-Regiment an die Stappenkommandantur der 7. Armee über die Verabung und Verstückelung deutscher Soldaten bei Crichis:

Balenciennes, den 26. September 1914.

Das 1. Bataillon des bayerischen Pionier-Regiments hatte den Auftrag, gegen den Ort Crichis, 24 Kilometer von Valenciennes entfernt, vorzugehen. Als das Bataillon 500 Meter von Crichis entfernt war, bemerkte die Spitze im Straßengraben den Leichnam eines deutschen Kameraden vom Landwehr-Regiment Nr. 85. Es fielen sofort die bei sämtlichen Toten wiederkehrenden Entsetzungen auf, daß der Leichnam seiner Schuhe und Strümpfe beraubt und sämtlicher Erkennungszeichen beraubt war. Der Mann war von rückwärts niedergeschossen worden, lag aber auf dem Rücken und hatte Mund und Nasenlöcher mit Sägespänen vollgestopft. Der rechte Arm war wie beim größten Teil der Leute in typischer Abwehrstellung erstarrt; die Totenstarre war noch nicht vollkommen gelöst.

Nach weiterem Abfluchen des großen Feldes fanden wir noch 20 Soldaten desselben Regiments. Ein Mann, der etwa 200 Meter vor der Windmühle vor dem Orte lag, hatte eine Hiebverletzung an dem rechten Ohre erhalten und war Johann, da die Verletzung nur eine Fleischwunde nach sich gezogen hatte, in barbarischer Weise mißhandelt worden; das linke Ohr war glatt abgeschnitten, das Gesicht blaurot, eine Folge des Erstidungsstodes, an dem der Mann zugrunde ging; Mund, Nase und Augen waren mit Sägespänen vollgestopft, am Hals Würgegeichen zu sehen. Das Gras rings um den Toten war in einem Umkreis von etwa 20 Metern vollkommen niedergedrückt, woraus hervorgeht, daß die barbarische Tat das Werk mehrerer war. In diesen Gefallen stellte sich noch ein Einzelweibchen, dem das Schädeldach zertrümmert war, das Gehirn quoll heraus. Ein Viertel zeigte an der linken Schläfe eine Schnittwunde, die nicht tödlich gewirkt haben kann; der Geldfinger war diesem Manne glatt am Knöchel abgeschnitten und in der Bauchwand saßen vier Schußlöcher, die vom Pulverschmauch eingefäht waren, ein Zeichen, daß die Schüsse aus unmittelbarer Nähe abgegeben waren; den Einschußöffnungen entsprachen vier Ausschußöffnungen am Rücken. Außerdem waren noch fünf Leute erschlagen worden. Sie zeigten nur Verletzungen, die durch stumpfe Gewalt herbeigeführt sein konnten. Ein Mann hatte am rechten Hinterkopf einen Streifschuß, der die Oberlippe und das Kinn abriß. Das Gesicht war von Pulverschmauch geschwärzt, die Wundränder verkrüppelt, ein Beweis für die unmittelbare Nähe des abgegebenen Schusses. Am barbarischsten schienen die Leute der Gegend mit einem Manne umgegangen zu sein, dem die Augen ausgestochen waren. Das rechte Auge war vollkommen entböhlt, das linke ausgelassen. Die Todesursache dieses Menschen konnte nur auf diese Verletzung zurückgeführt werden.

Aus den festgestellten Tatsachen ergab sich, daß ein großer Teil der Leute unverwundet in die Hände der Feinde gefallen war, denn die Feinde hatten einen Nachversuch unserer Kameraden dadurch zu verhindern versucht, daß sie ihnen die Kopfträger durchschneiden, sämtliche Knöpfe abperren und sie der Schube beraubt hatten. Kein Mann hatte seinen Ring mehr an der Hand; die Stelle, wo der Ring saß, war deutlich erkennbar.

Ein Konzentrationsministerium in Portugal.

London, 20. Oktober. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Lissabon: Nach dem Blatte „Pai“ werden die Kammern am Mittwoch zusammentreten. Für Mittwoch oder Donnerstag wird eine Kabinettskrisis erwartet. Freire Andrade wird sodann ein Kabinet bilden, in dem alle politischen Parteien vertreten sind.

Die Lage in Südafrika.

London, 20. Oktober. (W. T. B.) Die „Times“ meldet aus Kapstadt vom 18. d. M.: Daß General Herby es ablehnte, den Obersten Maritz zu verurteilen und sich selbst endgültig auf Seite der Regierung zu stellen, hat allgemeine Entrüstung erregt. Der Schriftwechsel zwischen Botha und Herby läßt die Haltung Herbys in noch ungünstigerem Lichte erscheinen. Botha hatte geschrieben, daß Unterhandlungen mit dem Rebellenführer unmöglich seien und daß es den erwünschten Ausgang wesentlich fördern würde, wenn Maritz und Herby und die anderen in dem Ultimatum von Maritz genannten Personen sofort öffentlich abgeschüttelt würden.

Der bevorstehende Angriff auf Südwest-afrika.

Von der holländischen Grenze, 20. Oktober. Aus Johannesburg wird dem „Daily Telegraph“ gemeldet, General Botha soll in der nächsten Woche Pretoria verlassen, um

sich an die Spitze der Truppen zu stellen, die gegen Südwestafrika vorgehen sollen. Die Anwerbung gehe regelmäßig weiter und seit dem Verrat von Maritz sei die Neigung zum Eintritt in den Dienst bei jungen Leuten noch größer geworden. Aus allen Teilen der Union strömen Freiwillige herbei. Der Whitwatersrand liefere eine erheblich größere Zahl als man erwartete. In Venoni, wo noch fortwährend Auslandsgeleit herrschten, sei seit dem Krieg die Ordnung wieder hergestellt. (Nöln. Stg.)

Warschau vor der Riesen Schlacht in Polen.

Nach einer Mitteilung in der „Kiewskaja Wostok“ vom 8. Oktober sind in den Spitälern Warschaws über 10 000 Plätze für Verwundete vorbereitet.

Reizt diese Mitteilung, daß man sich in der Hauptstadt Polens des ganzen Ernstes der Situation und der ungeheuren Opfer der bevorstehenden Kämpfe bewußt ist, so zeigt eine andere Mitteilung desselben südrußischen Blattes, daß daselbst offizielle Rusland, welches alle Kräfte für den Krieg ausspannt, mit aller Energie die traditionellen Bestandteile seiner Amtsherrschaft aufrechterhält. So sind nach den Angaben des offiziellen „Warschawski Dnewnik“ aus den Gouvernements Kiew, Petrosau, Kalsch und Radom über 1000 Katorga-Gefangene nach Warschau transportiert worden, um von dort nach den Zuchthäusern der inneren Gouvernements geschickt zu werden. Die übrigen Gefangenenkategorien sind in ihren Haftlokalen belassen worden, nur die „Katorga-Gefangenen“, unter denen sich eine beträchtliche Anzahl politischer Gefangener befindet, sind „in Sicherheit“ abbracht worden. Die Exekutionen werden eben ihre politischen Kriegsgefangenen mit demselben Eifer, wie ihre amtlichen Institutionen, ihre Rassen und die sonstigen Bestandteile ihrer autokratischen Herrschaft.

Die Deutschenkrawalle in London.

London, 20. Oktober. (W. L. W.) Die bei den Ausschreitungen gegen Deutsche in Deptford Verhafteten sind gestern dem Polizeirichter vorgeführt worden; die Verhandlung wurde aber vertagt.

Kriegsbekanntmachungen.

Abreise der Franzosen.

Berlin, 19. Oktober. (W. L. W.) Alle Französinen sowie alle Franzosen unter sieben Jahren und über sechzig Jahre können von jetzt ab ungehindert abreisen. Die Abfahrt kann mit den regelmäßigen Zügen über Schaffhausen (Schweiz) erfolgen und wird soviel als möglich von den deutschen Behörden erleichtert werden. Ein in Bern eingerichteter Bureau wird sich ihrer für die Durchreise durch die Schweiz annehmen. Es handelt sich um eine auf Gegenseitigkeit beruhende Maßnahme. Die Abreise der Deutschen in Frankreich wird in demselben Umfang gestattet.

Deutsche Kriegsgefangene in Rußland.

Antlich. Berlin, 20. Oktober. (W. L. W.) Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes in Genf hat neuerdings mitgeteilt, daß Anfragen wegen solcher Personen, die vermutlich in russische Kriegsgefangenschaft geraten sind, nicht mehr nach Genf, sondern an das dänische Rote Kreuz in Kopenhagen zu richten sind, das sich zur Weitergabe und Verantwortung bereit erklärt hat.

Politische Uebersicht.

Höchstpreise für Kartoffeln und Getreide!

Die Konsumenten müssen weiter klagen, daß Kartoffeln nur zu den unerschämtesten Preisen zu haben sind. Die Händler beschwerten sich in zahlreichen Briefen, daß sie kaum Ware erhalten können, weil die Landwirte nicht verkaufen wollen. Ja, es wird erzählt, daß größere Güter überseits in der Umgegend große Aufläufe machen, — in solchem Umfange, daß der Vorstand, ihr Zweck sei die Deckung eigenen Bedarfs, einfach lächerlich erscheint, und die Spekulationsabsicht klar zutage tritt. Die Situation ist unhaltbar geworden.

Erkreutlicherweise leben das auch die Behörden mehr und mehr ein. Zu den Städten, die von sich aus den Bezug von Kartoffeln und ihre Abgabe an die Konsumenten zu erträglichen Preisen organisiert haben, sind noch Karlsruhe und Ueberlingen am Bodensee getreten. Wie es heißt, will der Berliner Magistrat Schritte ergreifen, damit Höchstpreise festgesetzt werden. In Rheinland und Westfalen halten bis dahin wenigstens etwas die vielen Schiffsladungen mit Kartoffeln, die aus Holland kamen und verhältnismäßig billig waren, so daß die Stadt Münster diese holländischen Kartoffeln um 200 Mark für den Zentner verkaufen konnte. Inzwischen ist aber das Ausfuhrverbot für Holland gekommen. Dadurch hat sich die Lage so zugespitzt, daß sich dort jetzt der Kommandeur des VII. Armeekorps, Freiherr v. Bissing veranlaßt gesehen hat, eine Bekanntmachung zu erlassen, in der es heißt: Aus allen Schichten der Bevölkerung seien ihm Klagen darüber zugegangen, daß die Kartoffelpreise, insbesondere im Kleinhandel, eine abnorme Höhe (stellenweise 5 R.) und darüber erreicht hätten, ja, daß sogar vielfach Kartoffeln überhaupt nicht zu kaufen wären, weil die Produzenten in Erwartung noch höherer Preise die Ware zurückhielten. Dergleichen werde vielfach auch über viel zu hohe Preise für Brot, Getreide, Mehl und Hülsenfrüchte festgestellt. Um diesen namentlich für die ärmeren Klassen so schädlichen Preistreibern entgegenzutreten, halte er die Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln in demjenigen Bezirke, in denen solche Mißstände vorliegen, für dringend notwendig. Er habe deshalb die zuständigen Regierungspräsidenten ersucht, umgehend das Erforderliche auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1914 zu veranlassen.

So lobenswert all diese Maßnahmen sind: Es heißt die Notwendigkeit, daß über das ganze Reich hin billigere Verkaufspreise mit Verkaufszwang festgesetzt werden. Und wie für Kartoffeln, so auch für Brotgetreide und Mehl!

Was die Höchstpreise für diese letztgenannten Produkte betrifft, so kommt die erste Nachricht, daß die Erörterungen darüber im Bundesrat abgeschlossen seien und daß eine entsprechende Verordnung fertig vorliege. Sie soll noch in dieser Woche veröffentlicht werden.

Hoffen wir, daß die Preise, die so festgesetzt, keine „Notstandspreise“ sind, nicht den Massen des Volkes eine gesunde Ernährung während des Krieges erschweren, eine kleine Schicht aber aus dem Kriege gewaltige Gewinne ziehen lassen. Es ist unbedingt erforderlich, daß derartigen Spekulationen ein dicker Strich durch die Rechnung gemacht wird.

Um Preußens Wahlrecht.

Die „Post“ ist unwillig über den Artikel, in dem der „Vorwärts“ unter Anknüpfung an die preußische Thronrede vor sechs Jahren an die Wahlrechtsreform in Preußen erinnerte:

„Wir verzichten“, so schreibt das Blatt, „im Interesse der vollen Wahrung des Bürgerfriedens unter den Parteien auf diese Ausführungen des sozialdemokratischen Blattes nicht einzugehen und begnügen uns, den Sinn jenes Satzes der Thronrede von 1908 richtig zu stellen. In jenem Satz hat nicht entfernt der Uebergang von dem jetzt geltenden preußischen Wahlrecht zu dem Reichswahlrecht in Aussicht gestellt werden sollen, vielmehr geht die Thronrede nach den ausdrücklichen Erklärungen des verantwortlichen Staatsministeriums von der Auffassung aus, daß die Einführung des Reichswahlrechts mit den Interessen des preußischen Staates unvereinbar sein würde. Die in Aussicht genommene Reform des preußischen Wahlrechts sollte das Ziel verfolgen, daß das Wahlrecht nach dem wirklichen Gewicht der Wahlstimme abgestuft und dem Mittelstande der ihm gebührende entscheidende Einfluß auf die Wahlen gesichert werde. Diese Feststellung erweist sich als notwendig, als, wie die Ausführungen des „Vorwärts“ beweisen, immer wieder der Versuch unternommen wird, völlig unangemessen jenen Satz der Thronrede als Zulage der Einführung des Reichswahlrechts in Preußen hinzustellen.“

Die „Post“ übersieht, daß in dem Artikel gerade der Hauptnachdruck darauf gelegt war, daß der jetzige Krieg die Durchführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Preußen zu einer unausweichlichen Notwendigkeit gemacht habe.

Kriegsgefangene gegen einheimische Arbeiter.

In den „Hamburger Nachrichten“ war Beschwerde geführt worden, daß die Hamburger Polizeibehörde einer Reihe von Unternehmern Kriegsgefangene zur Verfügung gestellt habe, die für ihre Arbeit außer freier Verpflegung drei Mark bekommen hätten; es war die berechtigte Klage erhoben worden, daß auf diese Weise trotz der großen Arbeitslosigkeit noch alleingewonnenen Arbeitern das Brot genommen würde. Darauf ist dem Hamburger konservativen Blatte jetzt von „kompetenter Seite“ eine Erwiderung zugegangen, die im wesentlichen alles bestätigt, nur betont, daß die Zuweisung im Einverständnis mit den militärischen Behörden und — was allerdings sehr sonderbar erscheint — der Zentrale der Arbeitsnachweise erfolgt sei, und endlich feststellt, daß die Gefangenen drei Mark ohne freie Verpflegung erhalten hätten. Außerordentlich bezeichnend ist der Schluß dieser Erwiderung „von kompetenter Seite“:

„Endlich sind am 15. Oktober auf Ersuchen des Kaiserlichen Kanalamts in Kiel einer Firma in Burg für Trockenarbeiten 50 russische Erdbewerker zugewiesen worden, weil nach der Erklärung des Präsidenten des Kanalamts alle Verluhe, für Arbeiten dieser Art Deutsche und insbesondere hamburgische Arbeiter zu erhalten, wegen der Schwere der Arbeiten und des geringen Lohnes gescheitert sind. Es ist also durchaus unerfindlich, wie durch die behördlichen Maßnahmen hamburgische Arbeiter geschädigt sein sollen.“

Man sieht also zunächst Löhne fest, bei denen ein deutscher Arbeiter nicht existieren kann, wenn er ein halbwegs menschenwürdiges Dasein führen will, engagiert, da sich keine deutschen Arbeiter bereithalten, bei einer schweren, aufreibenden Arbeit mit ihren Familien zu hungern, Kriegsgefangene und erklärt es dann für „unerfindlich“, wie man daraus eine Schädigung der einheimischen Arbeiter machen könne. Und das von einer „kompetenten“ Stelle! Man sollte es wirklich kaum für möglich halten, wie wenig soziales Verständnis in gewissen Kreisen herrscht. Man darf aber wohl hoffen, daß jene Behörden im Reich, die sich in so dankenswerter Weise für eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt haben, in Hamburg die nötige Aufklärung geben.

Es scheint übrigens, daß auch sonst hier und dort die Praxis beliebt wird, Kriegsgefangene als Arbeiter einzustellen, während einheimische Arbeiter übergegangen werden, weil sie nicht zu niedrigen, gegen früher erheblich gekürzten Löhnen arbeiten wollen. Und sind derartige Beschwerden auch aus anderen Orten zugegangen, auf die vielleicht noch zurückzukommen sein wird. Es scheint dringend nötig, daß noch einmal eine ganz klare Anweisung ergeht, daß keine Gefangenen zur Verfügung gestellt werden dürfen, damit sie unter Verleumdung der einheimischen Arbeiter zu niedrigen Löhnen Arbeit tun. Das könnte fast geeignet sein, die ganze Aktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu durchkreuzen.

Der „Fall Luidde“.

Mit den angeblichen Friedensbemühungen des bayerischen Landtagsabgeordneten Luidde, berentwegen der liberale Dr. Goldschmidt den Ausschluß Luiddes aus dem Parlament gefordert hatte, hat sich jetzt auch die Partei des Herrn Dr. Luidde beschäftigt. Eine Sitzung des bayerischen Landesausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei nahm eine Erklärung an, die der Ansicht Ausdruck gibt, daß die Partei einen Friedensschluß erst nach einem völligen Siege der deutschen Waffen wünscht, unter voller Selbstbestimmung des Deutschen Reiches. An der Hand des von Dr. Luidde vorgelegten Tatsachenmaterials habe der Ausschuß die Ueberzeugung gewonnen, daß Luidde auf dem gleichen Standpunkt stehe und daß die in der Öffentlichkeit gegen ihn erhobenen Beschuldigungen absolut ungerichtet seien. Uebrigens wird nach Mitteilung freisinniger Blätter Abg. Dr. Luidde gegen den früheren Abgeordneten Dr. Goldschmidt, der in der Münchener Presse die Angriffe ausgeprochen hatte, den Rechtsweg beschreiten.

Verbot französischer Unterhaltung.

Wie uns aus Colmar i. E. berichtet wird, hat die erste mobile Etappenkommandantur dort eine Verfügung erlassen, in der es heißt: „Jeder, der auf der Straße oder in Lokalen französisch spricht, wird als Feind angesehen und verhaftet.“

Der Zivilgouverneur von Antwerpen.

Der Senator und Großkaufmann Justus Strandes in Hamburg ist zum Zivilgouverneur von Antwerpen ernannt worden. Herr Strandes war früher Mitglied des kolonialen Beirats bei der Kolonialverwaltung in Berlin.

Eine Verwechslung.

Die dieser Tage durch die Presse gegangene Meldung, daß der Landtag des Fürstentums Neuchâtel (Genève) zu einer Kriegsetzung einberufen wurde, beruht, wie aus Gené geschrieben wird, auf einer Verwechslung mit dem Fürstentum Neuchâtel (Gené).

Quartiere für die Soldaten!

Die Etappenkommandantur von Gumbinnen teilt mit: „Zur Deckung der Quartierbedürfnisse müssen fortan sämtliche Häuser und Wohnungen in Anspruch genommen werden. Diejenigen Hausbesitzer und Mieter, die nicht ortsanständig sind, werden hierdurch aufgefordert, für ihre Häuser und Wohnungen Vertreter zu stellen, durch deren Vermittlung eine ordnungsmäßige Belegung ermöglicht

werden kann. Häuser und Wohnungen, für die innerhalb einer Woche Vertreter nicht bestellt worden sind, werden zwangsweise geöffnet und belegt.“

Sozialdemokraten im Kriege.

Nach einer in der Frankfurter „Vollstimme“ bekanntgegebenen Mitteilung, die am 1. September abgeschlossen wurde, mußten von den 6521 männlichen Mitgliedern in Frankfurt a. M. 3008 einrücken, und zwar 895 ledige und 2108 verheiratete Genossen. Darunter befanden sich auch 2 Vorstandsmitglieder, 18 Mitglieder der Distriktsleitungen und 92 Wahlvereinsbeiratsführer.

Vom Sozialdemokratischen Verein für Neuchâtel, der am Schluß des Geschäftsjahres 1900 männliche Mitglieder zählte, befinden sich 1214 Mitglieder beim Heere.

Prozeß Prineip.

Sarajewo, 20. Oktober. (W. L. W.) Das Beweisverfahren wurde heute fortgesetzt und eine große Anzahl Zeugen vernommen. Es sind meist Bekannte der Angeklagten, zum Teil Zeugen des Attentats. Einige davon sind verheiratet. Kennzeichnend für die Tätigkeit der „Karodna Odbrana“ sind die Aussagen des Trifto Arstanovic, welcher unter Eid auslegte, er sei auf der Suche nach Arbeit in Belgrad vor der Annexion von serbischen Gendarmen angehalten und mit dem Hauptmann Tankosic bekannt gemacht worden. Dieser nahm ihn sofort als Komitatstschin an. 140 solcher Komitatstschin wurden im Regen von Mienen, Sprengungen von Tunnels und der Zerstörung der Bahndörper unterworfen und dabei von General Janovic inspiert. Nach der Annexion wurden sie nach Abnahme der Bomben entlassen. Hierauf nahm der Zeuge Dienste bei General Janovic, was eigentlich einem Dienst bei der Karodna Odbrana gleichkam. Diese befahte sich mit Spionage und hatte einen kleinen Waffenvorrat im Kriegeministerium. Zu ihren Mitgliedern gehörten Staatsbeamte und Offiziere. Nach siebenmonatiger Verbannung erhielt der Zeuge die Mitgliedskarte der Karodna Odbrana ausgedrückt, die in einer Visitenkarte des Bozo Milanovic bestand, worauf die Worte Karodna Odbrana sowie ein Siegel und zwei Hände ein Totenkopf sich befanden. In Serbien hörte er überall immer nur Worte des Hasses gegen Oesterreich-Ungarn. Er erklärte weiter, daß alle Vorbereitungen zum Kriege gegen Oesterreich-Ungarn getroffen worden seien. Zu der Zeugin Zalanga äußerte sich Cabrinovic am Tage vor dem Nordanschlag: Franz Ferdinand wird nicht regieren; im nächsten Jahr wird in Bosnien König Peter der Regierende werden. Zur Zeit der Annexionskrise war die Tätigkeit der Karodna Odbrana, deren Werkzeuge Komitatstschin waren, gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet, gegen welches ein Krieg auf Leben und Tod gepredigt wurde. Die Karodna Odbrana wurde von der serbischen Regierung subventioniert und mit Waffen versehen. Cabrinovic bestätigte diese Aussagen.

Aus den gelegentlich des Krieges in Bosnien und Kleinwornit vorgefundenen Akten über die in Bosnien betriebene Spionage wurde festgestellt, daß Serbien in der bosnischen Auslandsstelle allein über hundert Espione in Bosnien verzeichnet hatte. Aus den Akten ging klar hervor, daß die bosnischen Sokol- und Antikolokolstervereine nur ein Deckmantel für die Tätigkeit der Karodna Odbrana zur Vorbereitung des Krieges und von Kuffhänden in Bosnien waren.

In einem mit dem Landesbesitzer Pottierel aufgenommenen Protokoll schildert dieser ausführlich die bekannten Vorgänge bei dem Anschlag. Ein anderer Zeuge, der als serbischer Soldat in Balkewo diente, sagt dahin aus, daß die Bildung von Komitatstschin im Jahre 1906 begonnen worden ist. Sie wurden von der serbischen Regierung bewaffnet. Ihre Tätigkeit bestand darin, in den türkischen Provinzen Aufstandsbewegungen hervorzurufen.

Ein politischer Monsterprozeß in Odessa.

Dieser Tage begann vor der Odessaer Gerichtskammer bei geschlossenen Türen ein Prozeß gegen 70 Matrosen der Schwarzmeer-Handelsflotte, der schon mehrfach die Öffentlichkeit beschäftigte. Seinen Ausgangspunkt nahm dieser Prozeß im vorigen Jahre in Alexandria in Ägypten, wo die Beschlagnahme des Redaktionsmaterials des gewerkschaftlichen Organs der Matrosen der Schwarzmeerflotte, „Der Seemann“, der russischen Geheimpolizei Anhaltspunkte zu einem vernichtenden Schläge gegen die geheime gewerkschaftliche Organisation der Matrosen der Handelsflotte lieferte. Die jetzt von der Türkei aufgehobenen Kapitulationen gaben den russischen Behörden den Schein des Rechts zu diesem Vernichtungszug und zu der Verhaftung des Redakteurs des Seemannsorgans, des Genossen Adamomitsch — und die englische Regierung blieb gleichgültig Zuschauerin bei diesem Gewaltakt und der Auslieferung des Genossen Adamowitsch an die russischen Behörden. Nach 1½jähriger fürchterlicher Haft hat nun die Verhandlung in dem Prozeß begonnen, für den 10 Tage angelegt sind. Eine große Anzahl glänzender Rechtsanwälte, darunter der Moskauer Rechtsanwalt Murawjew und der Dumaabgeordnete Alexandrow, haben die Verteidigung übernommen.

Letzte Nachrichten.

Oesterreichische Darstellung der letzten Kriegsvorgänge.

Wien, 20. Oktober. (W. L. W.) Antlich wird verlautbart: 20. Oktober, mittags. Die Schlacht in Mittelgalizien hat namentlich nördlich des Striwaj-Flusses noch an Heftigkeit zugenommen. Unser Angriff gewinnt stetig Raum nach Osten. Um einzelne besonders wichtige Höhen wurde von beiden Seiten mit äußerster Erbitterung gekämpft. Alle Veruche des Feindes, uns die Magiera wieder zu entreißen, scheiterten. Dagegen eroberten unsere Truppen die vielumstrittene Baumhöhe nordöstlich Lyszkowice. Südlich der Magiera wurde der Gegner aus mehreren Ortschaften geworfen. In diesen Kämpfen wurden viele Russen, darunter ein General, gefangen genommen und auch Maschinengewehre erbeutet. Die Gefangenen berichten von der furchtbaren Wirkung unseres Artilleriefeuers. Südlich des Striwaj, wo unsere Front über Stary-Sambor verläuft, sieht die Schlacht. Stroj, Kórosmezó und Sereth wurden von unseren Truppen nach Verteidigung durch den Feind in Besitz genommen.

Ueber die Ereignisse an der Adria wurde dem Armeekorpskommando berichtet: Am Morgen des 17. dieses Monats fand seawärts von der Spitze von Nitro ein Schermittel zwischen einzelnen Torpedos und Unterseebooten nebst einem Luftschiff und dem französischen Kreuzer „Balbes Rousseau“ statt. Trotzdem der Kreuzer unsere Einheiten heftig beschuß, rüdten sie unversehrt ein. Das Leuchtfeuer von der Spitze von Nitro wurde von dem französischen Kreuzer ebenfalls beschossen, doch nur an der Galerie unbedeutend beschädigt. Das weiter seawärts beobachtete französische Gros verließ nach Sichtung der Unterseeboote schleunigst unsere Gewässer. Die eigenen Torpedoschiffe unternahmen in den frühen Morgenstunden des 18. einen Raid auf den Hafen von Anivari und zerstörten aus nächster Nähe einige Magazine und beladene Waagons durch Geschüßfeuer.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs von Söfex, Generalmajor

Zur Kriegstagung des Preussischen Landtages.

Am 16. Juni war der Preussische Landtag bis zum 10. November vertagt worden. Bis dahin sollten eine Reihe von Kommissionen die ihnen überwiesenen Arbeiten so weit fördern, daß das Plenum bei seinem Zusammentritt Beratungsstoff vorfinden könnte. Der Krieg hat die Dispositionen durchkreuzt, die Kommissionen sind nicht zusammengetreten, es besteht auch nicht die Absicht, sie einzuberufen, einmal mit Rücksicht auf die durch den Krieg veränderten Verhältnisse, vor allem aber weil die Regierung es vermeiden will, daß nach außenhin irgendwelche Gegenstände in Erscheinung treten. Das würde aber zweifellos der Fall sein, wenn der Landtag sich mit dem Kommunalabgabengesetz, dem Grundteilungsgezet, dem Gesetz über Familienfideikomisse oder dem Fischereigesetz befassen würde.

Aus diesem Grunde unterbreitet die Regierung dem Landtage außer der Verordnung über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen jetzt lediglich ein Nachtragsetat, durch den sie die Ermächtigung erbittet, zur vorübergehenden Verklärung des Betriebsfonds der Generalstaatskasse Schabanweisungen bis zu 1 1/2 Milliarden Mark, welche vor dem 1. Januar 1916 verfallen müssen, auszugeben. Die ganze Vorlage enthält nur einen einzigen Paragrafen, aber man schlicke daraus nicht etwa, daß sie bedeutungslos ist. Im Gegenteil, sie geht in bezug auf ihre Tragweite über alle früheren Nachtragsetats hinaus.

Die Forderungen sind durchweg durch die Begleiterscheinungen des Krieges bedingt. Der Ausbruch des Krieges hat naturgemäß alle Voranschläge über Einnahmen und Ausgaben über den Haufen geworfen, die Einnahmen — namentlich die aus den Eisenbahnen — sind hinter den Erwartungen weit zurückgeblieben, die Ausgaben haben nicht nur keine Minderung, sondern teilweise sogar noch eine wesentliche Erhöhung erfahren, und in nächster Zeit dürfte mit einer weiteren Steigerung zu rechnen sein. Der Etat wird also mit einem Defizit abschließen, dessen Höhe sich heute noch nicht übersehen läßt und das später im Wege einer Defizitalleihe gedeckt werden soll. Bis zur endgültigen Feststellung des Betriebsfonds will die Regierung durch eine Verklärung des Betriebsfonds der Generalstaatskasse für eine vorläufige Deckung der Ausfälle sorgen.

Inbesondere sind es zwei Gruppen von Ausgaben, die das Defizit hervorgerufen haben, einmal die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und sodann die Hilfsaktion für Ostpreußen und für einige Teile der Provinz Westpreußen. Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, welche namentlich in Berlin und anderen Großstädten sowie in Industriegebieten in erheblichem Umfange besteht und auf die Kriegslage zurückzuführen ist, hat die Regierung in erster Linie angeordnet, daß im Gebiet der Eisenbahnverwaltung die Bautätigkeit im Rahmen des Etats und der Anleihebewilligungen uneingeschränkt fortzusetzen ist, soweit dies nicht wegen Mangels an geeigneten Kräften ausgeschlossen ist. Im Gebiete des öffentlichen Bauwesens ist die gleiche Maßnahme getroffen und darüber hinaus die Inangriffnahme von Bauarbeiten angeordnet, bei denen Arbeitslose und Kriegsgefangene nützliche Verwendung finden können. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um Hochwasserregulierungen an der Elbe und Oder und Verbesserung der Oderwasserstraße, Ausbau des Plauer Kanals und Herstellung des Dippelsteinkanals auf den Strecken Wesel—Datteln und Hamm—Bivvstadt. Gegen diese Maßnahmen wird man gewöhnlich etwas einwenden können, das beste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist und bleibt die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, aber man verkenne nicht die Gefahr, die in der Verwendung von Kriegsgefangenen zu solchen Arbeiten liegt. Es ist leicht möglich, daß dadurch die Löhne der freien Arbeiter gedrückt werden. Soll die Notstandsaktion wirklich ihren Zweck erfüllen, dann muß streng darauf geachtet werden, daß, soweit ausreichende Kräfte vorhanden sind, in erster Linie freie Arbeiter, und zwar zu gewöhnlichen Löhnen, und Arbeitsbedürfnissen dabei beschäftigt werden. Ist diese Garantie nicht gegeben, dann könnte die ganze Maßnahme leicht ein Schlag ins Wasser bleiben. Nun und nimmer darf eine Regierung, wenn anders sie nicht den Vorwurf völliger sozialpolitischer Einsichtslosigkeit auf sich laden will, die Zeit der Krisis ausnützen, um die Löhne der Arbeiter zu drücken und ihre Lebenshaltung zu senken. Es genügt nicht, daß die Regierung den Unternehmern ins Gewissen redet, daß sie die Tarifverträge innezuhalten haben, sondern sie hat vor allem die Pflicht, selbst mit gutem Beispiel voranzugehen. Bedauerlich ist es auch, daß die Vorlage nichts von einer Fortführung des Mittellandkanals enthält. Gewiß, der Landtag hat das Projekt noch nicht genehmigt, aber die Möglichkeit, den Bau in Angriff zu nehmen, ist vorhanden, und es ist ja ein offenes Geheimnis, daß die Regierung diesen Plan erwohnt hat. Sie hat aber offenbar aus Rücksicht auf sehr einflussreiche Gegner dieses Kanals davon Abstand genommen.

Den größten Mangel der Vorlage erblicken wir darin, daß sie kein Wort über die Notwendigkeit einer Unterstüzung der Arbeitslosen enthält. Zahllose Staatsbürger sind durch den Krieg arbeitslos geworden, ganze Existenzen sind vernichtet, aber nur ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz von ihnen eignet sich zu den in Aussicht genommenen Arbeiten. Was soll aus den übrigen werden? Auch ihnen zu helfen, ist die Allgemeinheit verpflichtet, und diese Hilfe kann, solange es an der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für sie fehlt, einzig und allein in Form bayerischer Unterstüzung zu sehen. Eigentlich wäre es Sache des Reiches, hier helfend einzugreifen, aber das Reich wälzt diese Aufgabe auf die Einzelstaaten und diese wiederum auf die Gemeinden ab, und die Gemeinden sind in ihrer großen Mehrzahl auch ohne die durch den Krieg bedingte Herrützung ihrer Finanzen gar nicht dazu imstande. Es ist deshalb immer und immer wieder mit allem Nachdruck zu fordern, daß in das sozialpolitische Kriegsprogramm der Regierung auch die Unterstüzung Arbeitsloser aufgenommen wird. Es geht nicht, daß die Berufsorganisationen allein diese ungeheuren Lasten auf sich nehmen. Die Regierung muß sich endlich zu einer

Zat austrocknen und den Gemeinden ausreichende Dotationen zur Unterstüzung Arbeitsloser gewähren, Dotationen, deren Vergabe an zwei Bedingungen zu knüpfen wäre, erstens daran, daß die Gemeindeverwaltungen nach dem Berliner Muster Hand in Hand mit den Berufsorganisationen arbeiten und zweitens daran, daß die von den Berufsorganisationen ihren Mitgliedern gewährten Unterstüetzungen auf die gemeindlichen Unterstüetzungen höchstens zur Hälfte in Anrechnung kommen dürfen. Die ablehnende Haltung der Regierung ist um so unverständlicher, als der Vizepräsident des Staatsministeriums, Herr Dehbrück, sich in seiner Eigenschaft als Staatssekretär des Reichsamts des Innern ausdrücklich für ein Vorgehen nach dieser Richtung ausgesprochen hat. In diesem Sinne muß das Programm der Regierung unbedingt erweitert werden.

Was die Hilfsaktion für Ostpreußen und Teile Westpreußens betrifft, so betrachten wir mit der Regierung es als eine selbstverständliche Pflicht der Allgemeinheit, die hart betroffene Bevölkerung für die schweren Opfer, die sie im Interesse des Reichs gebracht hat, in vollem Umfange schadlos zu halten und den so schwer mitgenommenen Landesleuten wieder zu dem früheren Wohlstande zu verhelfen. An einen Wiederaufbau der Provinz freilich kann erst nach Beendigung des Krieges gedacht werden. Dann hat das Reich auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes über Umfang und Höhe der Entschädigung und über das Verfahren bei Feststellung der Entschädigung Bestimmungen zu treffen. Aber so lange kann mit der Hilfsaktion nicht gewartet werden, und deshalb ist, ganz unabhängig davon, in welcher Höhe später einmal die aufgewendeten Mittel vom Reich erstattet werden, die Einleitung einer sofortigen umfangreichen Hilfsaktion notwendig. Das ist eine unabweisbare Pflicht des Staates, und wir können es nur billigen, wenn auch die Regierung dafür sorgen will, die Flüchtlinge, solange sie an der Rückkehr nach der Heimat gehindert sind, mit Unterkunft und Unterhalt zu versorgen, die Zurückgebliebenen vor weiterem Elend zu schützen, ihren zerstörten oder vernichteten Haus- und Nahrungsstand wiederherzustellen und der Landwirtschaft und dem Gewerbe die Fortsetzung oder die Wiedereinrichtung der Betriebe zu ermöglichen. Dazu hält die Regierung u. a. die Beschaffung von Nahrungsmitteln für Mensch und Vieh, von Baumaterialien, die Versorgung von Saatgut, Zugvieh und künstlichem Dünger, die Sicherung des noch vorhandenen Bestandes an Zuchtstuten und je nach dem Bedürfnis auch die Gewährung von Beihilfen in barem Gelde für erforderlich. Zur Durchführung dieser Aufgaben ist bekanntlich eine Kriegshilfskommission für die Provinz Ostpreußen unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten gebildet, und außerdem bestehen in jedem Kreise örtliche Kriegshilfsausschüsse, die die Höhe der Schäden abzuschätzen und festzustellen sowie Gutachten über die Höhe der im einzelnen notwendig werdenden staatlichen Verentschädigungen abzugeben haben. Diese Kommissionen bestehen aus dem Landrat (in Stadtkreisen dem Bürgermeister) und aus Kreisangehörigen, die von den Kreisvorschüssen oder von den Magistraten gewählt werden. Da aber alle Schichten der Bevölkerung durch den Krieg in gleicher Weise betroffen sind, sollte streng darauf gehalten werden, daß den Ausschüssen Mitglieder aus allen Bevölkerungsschichten ohne Unterschied der politischen Anschauung angehören.

Zu diesen Maßnahmen für Ostpreußen kommen noch die direkten Zuwendungen an die durch die Verheerung ihrer Gebiete leistungsunfähig gewordenen Kommunen. Die Regierung schätzt die Höhe der Beihilfen auf 5 Millionen Mark, die Ausgaben für die gesamte Hilfsaktion für Ostpreußen auf 400 Millionen Mark. Anzuerkennen ist auch, daß sich die Regierung an der in Königsberg gegründeten Kriegskreditbank beteiligen will, die die Aufgabe hat, die durch den Krieg herbeigeführten Kreditverwicklungen zu lindern. Ueber die Unterstüzung ostpreussischer Hypothekenschuldner bei Bezahlung ihrer Zinsen sind die Erwägungen noch nicht abgeschlossen, wir wünschen, daß das recht bald geschieht.

Von den sonstigen Maßnahmen der Regierung heben wir hervor ihre Beteiligung an der Erleichterung der Versorgung des westlichen Aufmarschgebietes mit Nahrungsmitteln, ihre Anordnungen zur Erhaltung des Viehbestandes, zur Vermehrung der Nahrungs- und Futtermittel und zur Förderung der Selbstversorgung. Diese Maßnahmen haben es mit sich gebracht, daß der Seehandel bzw. der Zentralgenossenschaftskasse Kredite in erheblichem Umfange zur Verfügung gestellt werden mußten. Auch die Beteiligung der preussischen Regierung an der vom Reich ins Leben gerufenen Einkaufsstelle von Nahrungsmitteln hat vorläufig Ausgaben verursacht, deren Rückerstattung noch zweifelhaft ist. Diese Fürsorge für die Lebensmittelversorgung können wir ebensowenig als ausreichend betrachten, wie die Fürsorge für die Arbeitslosen. Es sind weder Höchstpreise festgelegt noch sind Vorkehrungen dagegen getroffen, daß absichtlich Lebensmittel dem Verkauf entzogen werden, um später die Preise künstlich in die Höhe zu treiben. Gewiß ist die preussische Regierung auf diesem Gebiete nicht allein zuständig, hier greifen Kompetenzen von Reich und Staat ineinander, aber bei dem großen Einfluß, den gerade Preußen auf das Reich auszuüben imstande ist, wäre eine Einwirkung auf die maßgebenden Faktoren ein leichtes gewesen.

Wortlaut und Begründung der Kriegsvorlage.

Der Wortlaut des Gesetzentwurfes, der den Landtag beschäftigen soll, ist sehr knapp. Er bestimmt, in Abänderung des § 2 des Etatsgesetzes, folgendes:
Am Staatsjahre 1914 können nach Anordnung des Finanzministers zur vorübergehenden Verklärung des Betriebsfonds der Generalstaatskasse Schabanweisungen bis auf Höhe von 1500.000.000 Mark, welche vor dem 1. Januar 1916 verfallen müssen, wiederholt ausgegeben werden. Auf die Schabanweisungen finden die Be-

stimmungen des § 4 Abs. 1 und 2 und des § 6 des Gesetzes vom 28. September 1888 (Gesetzsamml. S. 607) Anwendung.

Dem Entwurf ist eine längere Begründung beigegeben, der wir folgende Stellen entnehmen:
Die durch den Krieg hervorgerufenen Ausgaben zerfallen in folgende Gruppen:

Fürsorge für die staatlichen Lohnangehörigen.

Bei Einberufung der vom Staate in dauerndem Vertragsverhältnis angenommenen Personen zum Wehrdienst erhalten die Familien neben einer Reichsunterstützung und in Anrechnung an die Voraussetzungen dieser Befehle fortlaufende Beihilfen, die nach dem Arbeitsverdienst des Einberufenen bemessen werden. Bemerkenswert sei, daß auch für die Beamten a. u. d. d. t. m. ä. h. i. g. in Betracht kommen, wenn nämlich aus Anlaß der Anwesenheit und Wehrausgaben, die den Beamten und ihren Familien, z. B. bei befohlener Räumung von Grenzorten und Festungen, erwachsen, Beihilfen (zunächst in Form von Gehaltsvorschußen) und Unterstüetzungen bewilligt werden müssen, zu deren Berechnung aber die vorhandenen Unterstüetzungsfonds nicht ausreichen.

Entlastung leistungsunfähiger Lieferungsverbände bei Zahlung der Reichsunterstüetzungen.

Die in den Reichsgesetzen vom 28. Februar 1888/4. August 1914 vorgezeichneten Familienunterstüetzungen sind von den Lieferungsverbänden, in Preußen von den Kreisen, zu zahlen. In Höhe der im Gesetz bezeichneten Mindestbeträge wird zwar Entschädigung aus Reichsfonds gewährt; der Zeitpunkt für die Zahlung dieser Entschädigung wird aber erst durch ein Spezialgesetz des Reichs bestimmt. Infolgedessen sind die Kreise vielfach trotz Anspannung aller eigenen Mittel und Inanspruchnahme der sonst zu Geldbeschaffung dienenden Quellen nicht imstande, die ihnen obliegenden Leistungen zu erfüllen. In solchen Fällen soll ihnen gestattet werden, in Höhe des Bedürfnisses Wechsel auf die Seehandlung (Preussische Staatsbank) zu ziehen, die von dieser akzeptiert und von der Reichsbank diskontiert werden. Der Diskontzins wird zu Lasten des Verbands vom Vorbetrage vorweg in Abzug gebracht. Die Wechsel dürfen nur auf einen Zeitraum von drei Monaten ausgestellt werden, sind aber prolongierungsfähig.

Notstandsarbeiten.

Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, welche namentlich in Berlin und anderen Großstädten sowie in Industriegebieten in erheblichem Umfange besteht und in ihrer Begründung auf die Kriegslage zurückzuführen ist, ist in weitem Umfange Vorkehrung getroffen.

(Es folgt eine Aufzählung der im Gebiete der Eisenbahnverwaltung und des Bauwesens angeordneten Arbeiten.)

In Notstandsarbeiten im Gebiet der Landwirtschaftlichen Verwaltung ist unter besonderer Berücksichtigung der zurzeit hervorragend wichtigen Frage der Vermehrung der Kulturländers zwecks Verklärung der Erzeugung von Lebensmitteln für Mensch und Vieh angeordnet, daß die Kultivierung von Hoch- und Niedermoorflächen, insbesondere in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein beschleunigt wird.

Ferner ist in die Wege geleitet, daß in den großen Niederungsmoorgebieten, insbesondere in den Provinzen Brandenburg und Pommern, wo die Vorflut durch Genossenschaften beschafft ist, die Folgeeinrichtungen (die Kultivierung) mit großer Beschleunigung durchgeführt werden, so daß bereits im kommenden Jahr Erträge zu erhoffen sind.

Erleichterung der Versorgung bestimmter Gebiete mit Nahrungsmitteln.

In den ersten Tagen nach der Kriegserklärung war die Beschaffung von Vieh, Speck, Fischen, Getreide, Reis und Salz für die Bevölkerung der westlichen Aufmarschgebiete erforderlich. Diese Lebensmittel wurden von zwei Landwirtschaftskammern, von staatlichen Salinen und von einer zu diesem Zweck geschaffenen Einkaufsstelle im Auftrage und für Rechnung des Staates gekauft und an die zuständigen Regierungspräsidenten zur Unterverteilung an die Gemeinden weitergegeben. Es ist angenommen, daß die Einkaufsstelle nach Weiterverkauf wieder zur Staatskasse zurückfließen werden.

Den offenen Städten der westlichen Industriebezirke wurde die Zulieferung gegeben, daß der Staat drei Viertel des Schadens ersetzt, der bei der Verwertung der von ihnen für die Zivilbevölkerung eingekauften Vorräte entsteht. Den Gemeinden ist zur Bedingung gemacht, die eingekauften Vorräte tunlichst nicht unter den Einstandspreisen zu verkaufen. Die Beteiligung des Staates an etwaigen Rehrerlösen über die Einstandspreise und Verwertungskosten hinaus, ist vorbehalten worden.

Erhaltung des Viehbestandes.

Nachdem der Bundesrat durch seine Bekanntmachung vom 11. September 1914 das vorzeitige Schlachten von nicht schlachtreifem Vieh verboten hatte, erschien es erforderlich, die Rästung solchen Viehs auch durch eine besondere Kreditgewährung zu fördern. Es ist daher den Landwirtschaftskammern ein Kredit gewährt worden, der zu Vorschüssen an Käufer zu verwenden ist. Der Kredit wird nach geschäftlichen Grundfätzen verwaltet und beim Verkauf der gemästeten Tiere wieder zurückfließen.

Vermehrung der Nahrungs- und Futtermittel.

Bei der Knappheit der Futtermittel und der Möglichkeit, die vorhandenen Brotgetreidevorräte durch Mitverwendung von Kartoffelmehl zu verlängern, empfahl es sich, die Kartoffel-, Schnitzel- und Rübenblätterproduktion von Staats wegen zu fördern. Es wurde daher der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse ein angemessenes vergünstigter und stark ligbarer Kredit zur Weitergabe an Genossenschaften und Landwirte, die sich zur Herstellung oder Erweiterung von Trocknungsanlagen verpflichten, zur Verfügung gestellt. Der Kredit wird in geschäftlicher Form sichergestellt, verwaltet und zurückgezahlt. Die Spirituszentrale G. m. b. H. in Berlin hat die Vermittlung des Kredits an die ihr angeschlossenen Kartoffelbauer übernommen und gleichzeitig die Gründung einer Abfahrvereinigung veranlaßt, bei deren Leitung der Staat vertreten ist.

Einkauf von Nahrungsmitteln aus öffentlichen Mitteln.

Aus Reichsmitteln ist eine Einkaufsstelle gegründet worden, der auch der Staat Betriebsmittel zur Verfügung gestellt hat. Die Vereinbarung über eine Beteiligung des Staates an den Gewinnen und Verlusten der Einkaufsstelle ist vorbehalten geblieben. Der Kredit wird nach Beendigung der Geschäfte der Einkaufsstelle zurückfließen.

Förderung der Selbstversorgung.

Der Mangel an Zugtieren nötigte den Staat, eine erhöhte Verwendung von Motorpflügen geblich zu unterstützen. Es ist daher der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse ein Kredit überwiesen worden, der an Kreise, Landwirtschaftskammern, einzelne Landwirte, Genossenschaften und Motorpflugfirmen weitergegeben werden kann. Der Kredit ist ausreichend zu be- zinsen und in kurzer Frist zurückzuzahlen.

Gilfsaktion für Ostpreußen und Teile Westpreußens.

Die Erschließung durch das Reich bestimmt sich gemäß § 35 des Kriegsteilnahmegesetzes vom 13. Juli 1873 nach einem zu erlassenden Reichsgesetz. Dieses Reichsgesetz soll nach dem Wortlaut des § 35 über Umfang und Höhe der Entschädigung und über das Verfahren bei Feststellung dieser Entschädigung Bestimmungen treffen. Aber schon vor diesem durch das Kriegsteilnahmegesetz in Aussicht gestellten Eintreten des Reiches, wenn auch vorbehaltlich der Erstattung der aufgewendeten Mittel durch das Reich, wird eine sofort und selbstständig einzuleitende umfangreiche Gilfsaktion notwendig, die eine unabweisbare Pflicht des preussischen Staates ist. Es handelt sich dabei darum, die Flüchtlinge, solange sie an der Rückkehr nach der Heimat gehindert sind, mit Unterkunft und Unterhalt zu versorgen, die Zurückgebliebenen und die trotz der russischen Invasion Zurückgebliebenen vor weiterem Elend, das die Folge des Mangels an Unterkünften und Nahrungsmitteln sein würde, zu schützen, ihnen zu helfen, ihren gestörten oder vernichteten Haus- und Nahrungszustand wieder herzustellen, insbesondere der Landwirtschaft und dem Gewerbe die Fortsetzung oder die Wiedereinrichtung der Betriebe, soweit je nach den Umständen erforderlich, zu ermöglichen. Dazu wird u. a. die Beschaffung von Nahrungsmitteln für Mensch und Vieh, von Baumaterialien, die Versorgung von Saatgut, Zugvieh und künstlichem Dünger, die Sicherung des noch vorhandenen Bestandes an Futtermitteln, nötig sein, außerdem werden je nach dem Bedürfnis Beihilfen in Geld gezahlt werden müssen. (Es folgt eine Charakterisierung der Zusammenfassung und der Aufgaben der Kriegshilfskommission. Zitat: „Vorwärts“ Nr. 272.)

Zur die Kommunalverbände sind besondere Maßnahmen nötig. Die Gemeinden der Provinz Ostpreußen werden infolge des russischen Einmarsches nicht etwa nur mit demjenigen Rückgang an Einnahmen zu rechnen haben, der sich als mittelbare Folgeerscheinung des Krieges in sehr vielen Gemeinden des sonstigen Staatsgebietes fühlbar macht, sondern werden darüber hinaus Ausfälle in Einnahmequellen erleiden, welche in anderen Landesteilen nicht oder doch nur in geringerem Umfang von den Kriegereignissen berührt werden. Die Einkommensteuer wird in manchen Städten und Landgemeinden für die nächste Zeit zum Teil ausfallen, die Zerschlagung von Gebäuden wird Einbuße an Gebäuden, die Einstellung zahlreicher kleinerer und mittlerer Gewerbebetriebe den Verlust an Gewerbesteuer für die Gemeinden zur Folge haben. Der Staat muß vorübergehend eingreifen, um die leistungsschwachen Gemeinden, Gutsbezirke und, soweit nach deren besonderen Verhältnissen dazu ein Bedürfnis vorliegt, auch die weiteren Kommunalverbände, Zweck- und Schulverbände zu stützen. Zur Deckung der dringendsten Verwaltungsausgaben ist den Kommunalverbänden bereits zum 1. Oktober 1914 ein Betrag von 1/2 Billion Mark zur Verfügung gestellt worden. Für den Rest des laufenden Etatsjahres werden nach einer vorläufigen Schätzung außerdem 5 Millionen Mark erforderlich sein.

Zugunsten der Kirchengemeinden sind Mittel zur Erfüllung ihrer dringendsten Verpflichtungen außerhalb der vorerwähnten 1/2 Billionen Mark vom Staate zur Verfügung gestellt.

Zur Umänderung der durch den Krieg herbeigeführten Kreditverhältnisse ist in Königsberg i. Pr. eine Kriegskreditbank für Ostpreußen gegründet worden, bei der sich der Staat mit dem Doppelten der aus der Provinz selbst aufgenommenen Einlagen beteiligt hat.

Welche Beträge insgesamt zum Wiederaufbau Ostpreußens und der mitbetroffenen Teile Westpreußens aufzuwenden sein werden, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Für die vorläufigen, vorbehaltlich der späteren Schadloshaltung im vollen Umfange erfolgenden Leistungen des Staates werden Beträge bis zu 400 Millionen Mark bereitgehalten werden müssen. Der durch den Gesetzentwurf erbetene Schatzungsanleihe ist dementsprechend bemessen worden.

Zugegangen ist dem Abgeordnetenhaus durch das Staatsministerium auch ein Antrag auf Vertagung der Sitzungen bis zum 1. Februar 1915. Seine Annahme würde bedeuten, daß die Arbeiten etwa einen Monat später als sonst aufgenommen werden.

Die Tagesordnung für die Sitzung des Herrenhauses am 22. Oktober ist wie folgt festgesetzt: 1. Beschlußfassung über den vom Hause der Abgeordneten zu erwartenden Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes, betreffend die Feststellung des Staatshaushaltsetats für das Etatsjahr 1914, vom 3. Juni 1914 (Reichsanzeiger Nr. 100). 2. Beschlußfassung über die Verordnung (Artikel 63 der Verfassungsurkunde), betreffend ein vereinfachtes Einleitungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgelungenen, vom 11. September 1914. 3. Beschlußfassung über den Antrag des königlichen Staatsministeriums an das Herrenhaus auf Erteilung seiner Zustimmung zur Vertagung des Landtages.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 55 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen: 16. und 21. Inf.-Div., Stab; 25. Inf.-Div., Stab; 13. Inf.-Brig., Stab; 23. und 25. Inf.-Brig., Stab; 27. gemischte Landw.-Brig., Stab; 33. Inf.-Brig., Stab; Stab der 81. Inf.-Brig.; Garde-Gen.-Regiment Alexander und Elisabeth; Inf.-Reg. Nr. 6; Gen.-Reg. Nr. 7; Leib-Gen.-Reg. Nr. 8; Gen.-Reg. Nr. 9; Inf.-Regiment Nr. 10, 11; Gen.-Reg. Nr. 12; Inf.-Regiment Nr. 14, 20; Inf.-Reg. Nr. 20; Inf.-Reg. Nr. 22; Inf.-Reg. Nr. 24; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 25; Brig.-Gen.-Bat. Nr. 27; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 29; Inf.-Reg. Nr. 31; Inf.-Reg. Nr. 32; Inf.-Regiment Nr. 35, 37; Inf.-Reg. Nr. 37; Inf.-Reg. Nr. 38; Inf.-Reg. Nr. 38; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 39; Inf.-Regiment Nr. 42, 48, 49; Brig.-Gen.-Bat. Nr. 49; Inf.-Reg. Nr. 52; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 52; Inf.-Reg. Nr. 56; Brig.-Gen.-Bataillone Nr. 56, 57; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 60; Inf.-Regiment Nr. 61, 63, 64; Inf.-Reg. Nr. 66; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 68; Inf.-Regiment Nr. 69, 70; Inf.-Reg. Nr. 70; Inf.-Reg. Nr. 72; Inf.-Regiment Nr. 77, 83; Brig.-Gen.-Bat. Nr. 82; Inf.-Reg. Nr. 83; Inf.-Reg. Nr. 84; Brig.-Gen.-Bat. Nr. 84; Inf.-Reg. Nr. 86; Inf.-Reg. Nr. 89; Inf.-Regiment Nr. 93, 98, 97; Leibgarde-Inf.-Reg. Nr. 115; Inf.-Regiment Nr. 130, 135, 145, 154, 166; Landw.-Bataillone II. Deut., Marienburg, Regiment v. Donop siehe Erg.-Bataillone Nr. 56, 57; Regiment a. Nach. siehe Erg.-Bataillone Nr. 82, 84; Inf.-Jäger-Bat. Nr. 6; Rajdminengewehr-Abt. Nr. 1; Inf.-Jäger-Abt. Nr. 4; Schwere Inf.-Reg. Nr. 1; Inf.-Reg. Nr. 3; Drag.-Reg. Nr. 1; Inf.-Reg. Nr. 3; Drag.-Reg. Nr. 6; Inf.-Reg. Nr. 1; Inf.-Reg. Nr. 17; Inf.-Reg. Nr. 4; Manen-Reg. Nr. 1; Inf.-Manen-Reg. Nr. 3; Mobile Inf.-Eskadronen d. Manen-Regiment Nr. 8, 12, siehe Erg.-Bataillone des 1. Inf.-Korps; Manen-Regiment Nr. 14, 18; Inf.-Jäger-Reg. zu Pferde Nr. 1; Mobile Inf.-Eskadron des Jäger-Reg. zu Pferde Nr. 10, siehe Erg.-Bataillone des 1. Inf.-Korps; Jäger-Reg. zu Pferde Nr. 12; Erg.-Bataillone des 1. Inf.-Korps; 1. Landw.-Eskadron des 3. Armee-Korps; 2. mobile Landw.-Eskadron des 7. Armee-Korps; 1. Landw.-Eskadron des 14. Armee-Korps; 4. Landw.-Eskadron des 17. Armee-Korps; 20. Feldart.-Brig., Stab; Feldart.-Reg. Nr. 4; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 7; Feldart.-Reg. Nr. 10; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 11; Feldart.-Reg. Nr. 14; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 16; Feldart.-Regiment Nr. 18, 23, 17, 40, 63; Landw.-Feldart.-Abt. des 1. Armee-Korps; 1. Landw.-Batterie des 3. Armee-Korps; Inf.-Feldart.-Regiment Nr. 4, 6, 7, 9, 11, 16; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 17; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 20.

Hon.-Bat. Nr. 9. Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 42 des 9. Inf.-Korps; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 32 des 18. Inf.-Korps; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 23 des 7. Inf.-Korps; Inf.-Feldart.-Reg. Nr. 38 und 42 des 18. Inf.-Korps.

Die bayerische Verlustliste Nr. 30 bringt Verluste des 2. Jäger-Bataillons. Die Verlustliste Nr. 35 der sächsischen Armee enthält Verluste des Stabes der Inf.-Div. Nr. 23; des Brig.-Gen.-Bat. Nr. 46; des 2. Gren.-Reg. Nr. 104; des 4. Inf.-Reg. Nr. 103.

Die Groß-Berliner Arbeiterbildungsschule.

Mit dem Erscheinen des jetzt vorliegenden Berichts hat die alte Arbeiterbildungsschule ihre Tätigkeit eingestellt. Am 12. Januar 1891 gegründet, hat sie annähernd 24 Jahre die Berliner Arbeiterbewegung mit ihrer kulturfördernden Tätigkeit befruchtet. Hervorragende Parteigenossen wie Liebknecht und Bebel gehörten zu ihren eifrigsten Anhängern. Während die Schule sich in den ersten Jahren ihres Bestehens auch mit der Erteilung von Elementarunterricht befaßte, pflegte sie später nur diejenigen Wissensgebiete, die der Ausbreitung der proletarischen Weltanschauung dienen. Dadurch hat sie Hervorragendes geleistet. War doch die Schule die einzige Institution, in der jedem Arbeiter Gelegenheit geboten wurde, sich mit den sozialen Wissensgebieten vertraut zu machen. Und viele von den Funktionären, die innerhalb der Arbeiterbewegung Groß-Berlins ihre Pflicht getan haben und noch tun, haben ihre geistigen Kenntnisse in der Bildungsschule erworben. Wohl war das Bestehen der Schule infolge finanzieller Schwierigkeiten öfter gefährdet, aber immer gelang es, sie darüber hinwegzuleiten. Heute haben sich die Dinge wesentlich geändert. Seit einigen Jahren ist auch in Berlin das Bildungswesen zentralisiert und auf eine feste organisatorische Grundlage gestellt worden. Ein Bezirksbildungsausschuss wurde für Groß-Berlin ins Leben gerufen. In dem Augenblick war eigentlich über das Schicksal der Schule in der alten freien Vereinsform entschieden. Es verging noch einige Zeit, ehe der neu geschaffene Bezirksbildungsausschuss eine Reorganisation der Schule vornehmen konnte. Denn Voraussetzung für diese war, eine möglichst große Basis für die Bildungsbestrebungen in den einzelnen Organisationen zu gewinnen. Nachdem diese Basis geschaffen, ist jetzt zum 1. Oktober die Schule vom Bezirksbildungsausschuss übernommen worden.

Möge diese festere Organisationsform dazu beitragen, der Berliner Arbeiterbewegung neue mit den Idealen der Arbeiterschaft ausgerüstete Kämpfer zu schaffen.

Aus dem Bericht geht zunächst hervor, daß je drei Vortragskurse über Geschichte, Naturerkenntnis, Literaturgeschichte, Nationalökonomie, Gewerkschaftswesen und Geschichte des Sozialismus abgehalten wurden, außerdem noch ein Fortschrittskursus über historischen Materialismus und ein Kursus über Redeführungen. Als Lehrer waren die Genossen Dr. Conrad, Dr. David, Ernst Däumig, Emil Dittmer, Emil Eichhorn und Käthe Dunder tätig. Im Geschäftsjahr waren 1041 Mitglieder, 867 Herren und 174 Damen eingetragen. Davon gehörten 56 nur der politischen und 214 nur der gewerkschaftlichen Organisation an. Gewerkschaftlich und politisch waren 620 Mitglieder organisiert, während die übrigen 117 Mitglieder keine Angaben machten. Die Bibliothek enthält 2005 Bände, von denen 2700 ausgeliehen wurden. Die Einnahmen inklusive Bestand betrugen 12868,91 M., die Ausgaben 10 133,09 M., so daß am Jahres-schluss ein Bestand von 2235,82 M. dem Bezirksbildungsausschuss übergeben werden konnte. Zur Regelung der Geschäfte wurden 10 Vorstandssitzungen und 4 Generalversammlungen abgehalten, die sich zum Teil mit der Auflösung der Schule beschäftigten. Außerdem fanden noch 5 Sonntagsversammlungen und 5 Sonntagsvorträge statt.

Im Schlusswort richtet der Vorstand allen denen, die bisher ehrenamtlich im Dienste der Schule tätig waren, seinen Dank aus und fordert sie auf, jetzt innerhalb ihrer eigenen Organisationen im Interesse der Arbeiterbildung weiter tätig zu sein.

Eine etwas günstigere Gestaltung des Arbeitsmarktes weist der soeben erschienene 6. Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Berlin auf. Danach ist der Bestand an versicherungspflichtigen Mitgliedern von 234 Krankenkassen Groß-Berlins in der Woche vom 3. bis zum 10. d. M. von 333 264 auf 947 052, d. i. um 13 788 oder 1,43 Proz. gestiegen, während die Steigerung in der Vorwoche, in welche der in zahlreichen Fällen den Ablauf der Kündigungsdienst bedeutende Monatsbeginn fiel, nur 1550 oder 0,17 Proz. betrug. Das weibliche Geschlecht weist eine Zunahme der Versicherungspflichtigen um 7087 oder 1,71 Proz. gegen eine solche von 6701 oder 1,29 Proz. beim männlichen auf. Als ein Anzeichen allgemeineren Wiedererwachens der Kaufkraft wird in dem Bericht die Zunahme der Beschäftigten bei den Waren- und Kaufhäusern um 150 männliche und 709 weibliche Personen aufgeführt. Ein nicht unerhebliches Mehr an Beschäftigten, nämlich um 2365 oder 1,73 Proz., zeigt ferner die Metall- und Maschinenindustrie, ein solches von 2,75 Proz. die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, hier durchaus unter dem Einfluß der Schokoladenfabrikation, bei der der Bedarf an Viebesgaben an unsere im Felde stehenden Krieger von Einfluss gewesen sein dürfte. Von der Entwidlung blieb wesentlich nur die Holzindustrie ausgeschlossen.

Die aus dem Bericht gleichfalls zu entnehmenden Zahlen über die bei den freien Gewerkschaften gezählten Arbeitslosen lassen eine Abnahme der Gesamtzahl von 34 386 am 5. Oktober auf 32 646 am 12. d. i. um 1740 oder 5,06 Proz. erkennen. Im einzelnen belief sich die Abnahme der Zahl der Arbeitslosen u. a. auf 725 bei den Metallarbeitern, auf 361 bei den Transportarbeitern, auf 192 bei den Bauarbeitern jeder Art, auf 116 bei den Gutmachern. Ungünstigere Verhältnisse zeigen im wesentlichen nur die Restaurationsangestellten, die diesmal 93 Arbeitslose mehr aufweisen.

Zum Fabriksinzug in Lichtenberg.

Das Ergebnis der amtlichen Untersuchung. Wie noch erinnert sein dürfte, hat sich im Juli d. J. ein großer Bauanfall in einem erst vor Jahresfrist fertiggestellten großen Fabriksgebäude in Berlin-Lichtenberg zugetragen. Ein Teil der Dede unter dem Dachgiebel brach durch und durchschlug mit der auf ihr aufgeschauelten Last alle übrigen Stockwerke, wobei vier Angestellte ums Leben kamen. Aus dem Umfange, wobei der Unfall gerade in einer Arbeitspause stattfand,

während der in den unteren Stockwerken keine Leute tätig waren, ist es zu vernehmen, daß nicht noch mehr Menschenleben vernichtet wurden.

Die amtliche Untersuchung hat ergeben, daß der Unfall einzig und allein auf eine übermäßige Belastung des Dachgiebels zurückzuführen ist. Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß derartige übermäßige Belastungen von Deden, sei es aus Unkenntnis der dagegen bestehenden Bedenken, sei es aus Nachlässigkeit oder Rücksichtslosigkeit, ziemlich häufig vorkommen, namentlich in Betrieben, bei denen schwere Waren — Eisenbleche, Papierrollen, Sägen, Leitern, Holzfuhrwerke, Brennmaterialien, Linoleum und dergleichen oder Geldschränke von größeren Abmessungen in Frage kommen. Oft machen weder Eigentümer noch Mieter sich klar, daß die Tragfähigkeit aller Deden eine Grenze hat und namentlich ist der Fritium verbreitet, daß diese Tragfähigkeit bei Errichtung der Gebäude derart berechnet ist, daß eine fünffache Sicherheit bis zum Bruch der Deden vorhanden sei.

Der genannte, natürlich auch mit schwerem wirtschaftlichen Schaden verbundene Unfall muß den Hausbesitzern und Geschäftsinhabern aber die ernste Verantwortung nahelegen, die sie auf sich laden, wenn sie derart leichtfertige und wider sinnige Belastungen der Fußböden in ihren Betrieben zulassen. Sie werden sich auch der strafrechtlichen Verantwortung nicht mit der Entschuldigung entziehen können, daß ihnen die nötige Einsicht in die Sachlage gefehlt habe, nachdem jener Unfall die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese häufig bestehenden sicherheitsgefährdenden Zustände hingelenkt hat. Wollen sie sich daher vor schwerem Schaden bewahren und einer häufigen polizeilichen Revision ihrer Betriebe entgegen so werden sie gut tun, schleunigst alle übermäßigen Belastungen aus ihren Räumen zu entfernen und sich selbst wie ihr Personal davon in Kenntnis zu setzen, welche Lasten den betreffenden Dedenkonstruktionen unbedenklich zugemutet werden können.

Zur Zweifelsfälle würde ihnen jede nötige Auskunft von den zuständigen Polizeibehörden bereitwillig erteilt werden. Es empfiehlt sich alsdann, die zulässige Belastung der Fußböden durch eine auffällige und nicht leicht zu entfernende Aufschrift an den Türen der in Frage kommenden Räume ein für allemal festzusetzen und bekannt zu geben. Alle ausführenden Personen in den Betrieben sind darauf hinzuweisen, daß jede Ueberschreitung der zulässigen Belastungen die verhängnisvollsten Folgen haben kann und daher auch nicht einmal vorübergehend zu gestatten ist.

Reumehr-Hausfluch.

Zahlreiche Hauseigentümer in den Vororten schließen jetzt ihre Häuser, die früher bis um 10 Uhr abends geöffnet waren, schon um 8 Uhr und schließen dann auch die Treppen- und Flurbeleuchtung. Diese Maßnahmen, für welche die Kriegslage vorgeschoben wird, stehen im Widerspruch zu den Mietverträgen, welche die Treppenbeleuchtung bis 10 Uhr abends bedingen. Eine Abweichung vom Vertrage ist allenfalls mit Zustimmung sämtlicher Mieter des betreffenden Hauses zulässig. Natürlich wollen die Hauswirte Gas oder elektrischen Strom sparen. Es kann fraglich sein, ob diese Hauswirte nach den allgemeinen landespolizeilichen Bestimmungen berechtigt sind, ihre Häuser schon dann zu schließen und ohne Treppenbeleuchtung zu lassen, wenn die allgemeine Polizeistunde für Vermieter und Mieter noch nicht erreicht ist. In den meisten Vorortstraßen läßt sich ja vielleicht der Reumehr-Hausfluch durchführen, aber er darf nicht unter Ausnutzung der Kriegslage und unter Nichtachtung der Mietverträge willkürlich gehandhabt werden.

Vollkornbrot.

Einer Anregung aus Kreisen der Armenpfleger folgend hat die Berliner Armenverwaltung beschlossen, an städtische Unterförderer anstatt des bisher üblichen sogenannten Bäckersbrottes ausschließlich Vollkornbrot zu verteilen. Die Antwort der Armenverwaltung auf die erwähnte Anregung lautet: „Zum Schreiben vom 31. August a. c. teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß wir, Ihrer dankenswerten Anregung folgend, unsere Armenkommissionen angewiesen haben, den städtischen Unterförderern ausschließlich Vollkornbrot zu gewähren.“

Die Konsumgenossenschaft während des Krieges.

Nach dem nunmehr vorliegenden Bericht über die drei ersten Monate (Juli-September) des neuen Geschäftsjahres der Konsumgenossenschaft betrug der Umsatz in dieser Zeit 8 830 888,12 M., im gleichen Zeitraum des Vorjahres 8 025 321,56 M. Es ist also ein Anstieg um 10,14 Proz., gleich 2,4 Proz. zu verzeichnen. Mit diesem Ergebnis der ersten drei Monate kann die Genossenschaft zufrieden sein, wenn man bedenkt, daß durch den Krieg das Wirtschaftsleben vollständig danielerlag und infolge der Verdienstlosigkeit die Kaufkraft der Arbeiterschaft umgekehrt herabgemindert war. Wenn die Konsumgenossenschaft aber noch nur 2,4 Proz. weniger an Waren umgelegt hat, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, so ist das lediglich darauf zurückzuführen, daß sie bis jetzt die Preistreibereien in der Produktions- sowie im Verkauf anderer wichtiger Lebensmittel nicht mitgemacht hat. Die Mitglieder beden das wenig, was sie kaufen können, in ihrem eigenen Geschäft und tragen dazu bei, daß die Konsumgenossenschaft die Kriegszeit gut überleben wird. Die Wirken über aber auch einen Einfluss auf die ihr noch fernstehenden Konsumenten aus; sind doch in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 3500 Konsumenten zu verzeichnen. Dieser Zuwachs ist um so höher zu veranschlagen, als er nach den Mitteilungen der Konsumgenossenschaft fast ausnahmslos ohne besondere Propaganda erreicht wurde.

Die Wärdere der Konsumgenossenschaft hat in den drei Monaten einen bedeutenden Aufschwung genommen. In dem gleichen Zeitraum des Vorjahres wurden für 799 545 M. Brot und Pastwaren einschließlich Konditorwaren hergestellt, in diesem Jahre für 954 956 Mark. Das ist eine Steigerung von 154 908 M. = 19,36 Prozent. Dabei ist zu beachten, daß die Konditorei im August fast vollständig geschlossen war und erst mit den letzten Septembertagen wieder in Betrieb genommen wurde.

Auch die Leitung der Genossenschaft warnt entschieden vor Masseneinkäufen, weil dadurch die Produzenten und Großhändler veranlaßt werden, die Preise bedeutend in die Höhe zu treiben. Die ungetriebenen Preistreibereien auf dem Kartoffelmarkt seien zum großen Teil erfolgt, weil Produzenten und Großhändler damit rechnen, daß sich jetzt die Bevölkerung Kartoffeln einzeln kaufen werde. Da außerdem bekannt geworden sei, daß die Gemeinden größere Mengen einzukaufen wollten, glaubten jene Kreise, den Kartoffelpreis bedeutend in die Höhe treiben zu können.

Im übrigen läßt der gegenwärtige Stand der Konsumgenossenschaft erkennen, daß sie sich das Vertrauen ihrer Anhänger während dieser schweren Zeit zu erhalten verstanden hat. Mehr noch als in normalen Zeiten werden die wirtschaftlich Schwachen in den gegenwärtigen Kriegsjahren in der Genossenschaft ihren Nöthlichen suchen.

Schredenstat eines Geisteskranken.

Große Aufregung gab es gestern, Dienstag, nachmittags gegen 3 Uhr auf dem Grundstück Weidenburger Str. 59. Dieses gehört

dem 78 Jahre alten Rentner Gustav Kemmer und seiner 81 Jahre alten Frau Auguste. Das alte Ehepaar wohnt dort im Erdgeschosse mit ihrem Enkel, dem 32 Jahre alten Kaufmann Paul Schulz. Da derselbe seit längerer Zeit geistig nicht ganz gesund ist, mußte er sein Studium aufgeben. Sein Vater hatte sich vor drei Jahren wegen geschäftlicher Verluste erhängt, seine Mutter starb in vergangenen Jahre in einer Eisenbahn. In einem Unfall seines Lebens griff der Kranke gestern zum Revolver und verletzte durch fünf Revolverkugeln seine Großeltern und eine 65 Jahre alte Tante Alora Palatowitsch aus der Sophienstraße lebensgefährlich.

Die Tante des geisteskranken Kaufmanns Schulz hatte dessen Großeltern aufgeführt, um nach einem Sparlassenbuch über 8000 M. zu forschen, das ihr odhoben gekommen war. Sie rechnete von vornherein damit, daß Schulz es weggenommen habe und stellte ihn gestern deshalb zur Rede. Obwohl er das Buch tatsächlich an sich genommen und an einer dritten Stelle in Verwahrung gegeben hatte, wollte er davon nichts wissen, zog vielmehr plötzlich einen versteckt gehaltenen Revolver und gab auf den Rentner Kemmer zwei Schüsse, auf dessen Frau ebenfalls zwei Schüsse und auf die Tante einen Schuß ab. Der Großvater wurde in die linke Schulter und den Unterleib getroffen, die Großmutter in den Unterleib und auch der Schuß, den er auf die Tante abfeuerte, traf diese in den Unterleib. Der Greis verlor gleich die Besinnung, während Frau Kemmer und Frau Palatowitsch noch um Hilfe rufen konnten. Die Schüsse und das Geschrei wurden von mehreren Hausbewohnern gehört. Sie konnten jedoch nicht öffnen, weil der Revolverheld die Tür von innen verschlossen hatte. Erst als wenige Minuten darauf das Dienstmädchen des Hausbesizers zurückkam, konnte geöffnet werden. Jetzt fand man alle drei Personen in ihrem Blute liegen. In der Verwirrung, die entstand, gelang es dem Täter, die Flucht zu ergreifen und zu entkommen. Die Schwerverletzten wurden nach Anlegung von Notverbanden nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain gebracht.

Veränderungen im Straßenbahnverkehr.

Die Große Berliner Straßenbahn teilt mit, daß am 21. Oktober wieder die Linie 24 in Betrieb genommen wird, desgleichen die Linie 87 auf der Strecke Kreuzberg—Hilfsstraße und die Linie 98, Kreuzberg, Bergplatz—Dönhofsplatz. Gleichzeitig werden Betriebsveränderungen durch Verlegung des Fahrplans auf den Linien 17, 68, 103, P und B vorgenommen. Zum 1. November d. J. wird der 15-Minutenbetrieb auf den Linien 62, 69, 98 und 99 wieder hergestellt werden. Bis zu der späteren Wiedereinrichtung des 15-Minutenbetriebes auf der Linie 103 verkehren ab 1. November während der Hauptverkehrszeiten Einschläge 62K zwischen Behrense, Schloß und Dönhofsplatz.

Doppelselbstmord in der Lothringer Straße.

Mit seiner greisen Mutter in den Tod gegangen ist der 33 Jahre alte Kaufmann Max Schindler aus der Lothringer Straße 57. Die Familie Schindler wohnte hier seit 32 Jahren. Nach dem vor vielen Jahren erfolgten Tode des Mannes blieb die Frau, die jetzt 75 Jahre zählt, mit ihrem Sohne Max, der im Erdgeschosse ein Papiergeschäft betreibt, wohnen. Vor einem Vierteljahr hatte die Greisin das Unglück, auf der Straße auszugleiten und hinzufallen. Sie brach sich den rechten Oberschenkel und lag bis kurz vor Ausbruch des Krieges im Krankenhaus. Dann kehrte sie in ihre Wohnung zurück. Bei ihrem hohen Alter wollte der Knochenbruch nicht heilen. Die Verunglückte litt in der letzten Zeit wieder heftige Schmerzen. Ihre Klagen jammerten den Sohn so sehr, daß er in Verzweiflung geriet und zu dem Entschluß kam, mit seiner Mutter gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Eifersüchtig verlor er den ganzen Tag über noch das Geschäft, das auch jetzt leidlich weiter ging und seinen Mann noch ernährte, in aller Ruhe, so daß kein Kunde ihm etwas anmerkte. Montagabend mit der letzten Post erhielt er Bescheid, die ebenfalls in Berlin wohnen, einen Brief, in dem Schindler ihm mitteilte, daß er mit seiner Mutter in den Tod gehen wolle. Die Leute eilten nach der Wohnung in der Hoffnung, das Unglück noch verhindern zu können. Leider war es aber schon zu spät. Als sie kurz vor 10 Uhr ankamen, fanden sie die Wohnung mit Gas angefüllt und Mutter und Sohn tot daliegen. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Die Leichen wurden von der Revierpolizei beschlagnahmt und heute früh nach dem Schauhaufe gebracht.

Die Arbeitslosenunterstützung in Ober-Schöneweide.

Die Gemeindeverwaltung trat den Beschlüssen der Kriegskommission, unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Provinzial-Landtages, bei. Demnach wird Arbeitslosenunterstützung an alle diejenigen Personen gezahlt, welche durch den Krieg arbeitslos geworden sind, seit dem 1. Juni 1914 im Kreise resp. Ort wohnen und seit mindestens 14 Tagen ohne Beschäftigung sind. Aber seit dem 1. September ohne Arbeit ist, erhält vom 15. September an Arbeitslosenunterstützung. Von auswärts zuziehende Arbeitslose werden nur in der Höhe, wie sie der bisherige Wohnort leistete, unterstützt.

Die Unterstützung beträgt für ein Ehepaar 10 M. wöchentlich und für jedes Kind 1,75 M. bis zum Höchstbetrage von 13 M. wöchentlich. Unverheiratete mit eigenem Hausstand erhalten eine wöchentliche Unterstützung von 7 M. Leider wird die Gewerkschaftsunterstützung entgegen einem Antrage unserer Genossen, in voller Höhe anerkannt.

Außer der Arbeitslosenunterstützung kann noch ein Mietzuschuß bis zu 20 M. gewährt werden. In besonderen Fällen werden bis zu zwei Drittel der Gesamtunterstützung Naturalien gegeben. Ausgeschlossen von der Arbeitslosenunterstützung sind Rentner und Krankengeldempfänger, Personen, welche Militärpensionen und Veteranenold erhalten, sowie Personen, welche sich in händiger Armenpflege befinden oder aus Stiftungen angewiesene laufende Unterstützungen erhalten. Das Recht auf Arbeitslosenunterstützung verwehrt auch derjenige, der eine ihm nachgewiesene Arbeit, welche seinen Fähigkeiten entspricht, ohne ausreichenden Grund ablehnt.

Auch die nach dem Gesetz vom 28. Februar 1888 und 4. August 1914 Unterstützung Bezugsenden haben keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Für die Familien der Kriegsteilnehmer kann noch ein weiterer Zuschuß bis zur Höhe des Existenzminimums und dann noch ein Mietbeitrag bis zu 20 M. bewilligt werden.

Ebenso erhalten die Familien, welche durch Abrüstung, Staats- und Kreisunterstützung das Existenzminimum überschreiten, und dadurch in der Lage sind, einen Teil der Miete zu zahlen, gleichfalls noch einen Mietzuschuß bis zum Betrage von 20 M.

Als Existenzminimum sind folgende Sätze für die Familien der Kriegsteilnehmer festgelegt: Ehefrau 33 M. monatlich, Ehefrau mit 1 Kind 46,50 M. monatlich, Ehefrau mit 2 Kindern 57 M. monatlich, Ehefrau mit 3 Kindern 69 M. monatlich, Ehefrau mit 4 Kindern 79 M. monatlich und Ehefrau mit 5 Kindern 90 M. monatlich. Zur Deckung aller durch den Krieg verursachten Unterstützungsansprüche beschloß die Gemeindeverwaltung eine Anleihe von 300 000 M. sofort aufzunehmen.

Bei der Arbeit tödlich verunglückt

Ist der 52 Jahre alte Kohlenräger Hermann Angstein, der bei der Kohlenverladung von Louis Schulz am Gölziger Bahnhof beschäftigt war. Als er am Montag auf dem Kohlenplatz dabei war einen Wagen zu entladen, zogen die Pferde plötzlich an, während er oben auf dem Wagen stand. Der Unglückliche fiel bei dem Ausfall ihm ganz unerwartet kam, rücklings auf den gepflasterten Hof, schlug mit dem Hinterkopfe fest auf und blieb bestimmungslos liegen. Man drohte ihn schnellig nach der Hofwache auf dem Gölziger

Bahnhof, als man aber dort mit ihm ankam, war er schon tot. Ein schwerer Schädelbruch hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Ein tödlicher Eisenbahnunfall ereignete sich gestern vormittag 1/11 Uhr bei Gransee. Auf dem auf diese Zeit dort passierenden nach Stettin fahrenden Zuge befand sich u. a. auch der Arbeiter Paul Wessel aus Reußhain, Oberstr. 7. Auf der Plattform des Wagens stehend fiel W. anscheinend durch eine starke Bewegung des Zuges herab; er erlitt eine Schädelverletzung, an deren Folgen er bald darauf verstarb.

Eine neue Bürgerliche.

Am Mittwoch, den 21. Oktober, wird in den Partieräumen des Dahlheim'schen Hauses, Kochstr. 6/7, eine Bürgerliche eröffnet, in welcher täglich von 12—2 Uhr eine kräftige Mittagsmahlzeit zum Preise von 30 Pf. verabfolgt wird. Die vom Berliner Verein für Kindervolkstücken getroffene Einrichtung soll hauptsächlich dienen den männlichen und weiblichen kaufmännischen Angestellten, den Mitgliedern des Lehrers- und Künstlerstandes und allen anderen freien Berufs für die Dauer des Krieges.

Ruffen erregte ein Selbstmord gestern morgen kurz vor 7 Uhr am Mariannenufer. Vor dem Hause Nummer 4/5 schwang sich ein unbekannter, etwa 50 Jahre alter Mann plötzlich über das Geländer, sprang in den Kanal, ging sofort unter und ertrank. Leute, die sein Vergehen sahen, versuchten ihn zu retten, er war aber schon tot, als es ihnen gelang, ihn zu landen. Der Unbekannte ist 1,65 Meter groß und hat dunkles Haar, ebensolchen Schnurrbart, eine Blase, ein volles Gesicht und graue Augen.

Stroßensperre. Das Polizeipräsidium teilt mit: Die Müllerstraße von der Kazareth-Kirchstraße bis zur Ultradier Straße wird wegen Pflasterarbeiten vom 21. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerk und Reiter gesperrt, jedoch unter Aufrechterhaltung des Fußverkehrs zu und von den einzelnen Grundstücken und des Straßenbahnverkehrs.

Gewerkschaftliches.

Eine Lohnbewegung während des Krieges.

Kriegsausträge zwangen die Firma Carl Beermann in Tschopow, eine ganze Anzahl von Schlossern, Schmieden, Drechern, neu einzustellen. Doch waren die Löhne, die gezahlt wurden, nach Meinung der dort beschäftigten Arbeiter nicht ausreichend. Die Firma zahlte den im Betriebe beschäftigten Schlossern 66 Pf. pro Stunde, und zwar für alle gleichmäßig. Die Schlosser bestimmten eine Kommission, um durch Verhandlungen eine Aufbesserung des Lohnes zu erzielen. Ein zufriedenstellendes Resultat wurde jedoch nicht erzielt, und haben demnach fast die gesamten Schlosser den Betrieb verlassen.

Die darauffolgende zwischen der Firma und dem Metallarbeiterverband eingeleiteten Verhandlungen führten zu einem befriedigenden Abkommen. Die Löhne erfuhr eine Aufbesserung und gleichzeitig wurde bestimmt:

Zur Regelung von Streitigkeiten wird eine Kommission gewählt, die sich aus je zwei Vertretern jeder Abteilung zusammensetzt. Diese Kommission wählt aus ihrer Mitte drei Mann, die die eigentlichen Verhandlungen zu führen haben und geben zu ihrer Information die Vertreter der Abteilungen hinzu, bei der Differenzen vorliegen.

Ein Kommissionsmitglied darf wegen seiner Tätigkeit als Kommissionsmitglied nicht entlassen werden.

Unorganisierte dürfen nicht beschäftigt werden. Ebenfalls dürfen Organisierte wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation beschäftigt werden, noch darf die Einstellung bei der Firma davon abhängig gemacht werden, ob ein Arbeiter organisiert ist oder nicht.

Eine Bevorzugung oder Benachteiligung der Arbeiter wegen ihres Organisationsverhältnisses ist unzulässig.

Die Abmachung gilt für die Dauer des Krieges, mindestens aber für ein Jahr.

Die Arbeit ist nach Annahme der Vereinbarung durch die Schlosser sofort wieder aufgenommen. Die Arbeitsunterbrechung hat nur zwei Tage gedauert. Beteiligt sind an der Vereinbarung insgesamt circa 1100 Mann.

Berlin und Umgegend.

Sozialpolitik in der Berliner Parkverwaltung.

Die hädische Parkverwaltung hat eine Verfügung erlassen, nach welcher Entlassungen, wie sie sonst in diese Jahreszeit stark üblich waren, nach Möglichkeit vermieden werden sollten. Um dieses ermöglichen zu können, sollen die Saisonarbeiter nur an drei Tagen in der Woche beschäftigt werden. Da die Arbeiter nur einen Stundenlohn von 38 1/2 Pf. beziehen und da die Arbeitszeit für ein Vierteljahr (vom 15. November bis 15. Februar) nur 8 1/2 Stunden pro Tag beträgt, würde sich der Wochenverdienst nach Abzug der Versicherungsbeiträge auf circa 8,50 M. belaufen. Das mit einem derartigen Verdienst auch bei größter Einschränkung nicht auszukommen ist, bedarf keiner Begründung. Als bald nach Erlass dieser Bekanntmachung versuchte der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter deswegen auf dem Verhandlungswege eine Milderung der Bestimmungen zugunsten der Arbeiter herbeizuführen. In einer hier besuchten Versammlung der Parkarbeiter erstattete der Bevollmächtigte des Verbandes Herr Kuntze Bericht über die Ergebnisse der Verhandlungen, die er mit dem Bürgermeister Dr. Reide geführt hat. Der Redner betonte, daß er bei Herrn Reide volles Verständnis und auch ein warmes Herz für die Notlage der Parkarbeiter gefunden habe. Wohl seien noch größere Arbeiten zu erledigen, die erst für spätere Zeit bestimmt waren. Sollten diese jetzt in Angriff genommen werden, so müßte das auf der ganzen Linie oder doch mit Zustimmung aller Ressorts geschehen. Die Parkverwaltung könne in solchen Fragen nicht allein vorgehen. Aber so weit wie möglich versprach Herr Reide die Mithilfe der Stadtverwaltung. So sollen z. B. diejenigen Tage, an denen das Profitee wegen nicht gearbeitet werden kann, in der Weise nachgeholt werden, daß in freier Wochen mehr als drei Tage gearbeitet werden soll, so daß dieser Verlust wieder ausgeglichen wird. In früheren Jahren wurden diese Profittage nicht nachgeholt. Der Verband der Gemeindefunktionäre wird ein Hebriges tun und seinen Mitgliedern für die arbeitslosen Tage die Arbeitslosenunterstützung ausbezahlen. Herr Reide sagte die Mitwirkung der Stadtverwaltung zu, indem zu der Arbeitslosenunterstützung des Verbandes der Prozentsatz Zuschuß der Stadt Berlin gezahlt werden soll. Mit Hilfe dieser Maßnahmen wird es gelingen, die Parkarbeiter notwendig über die schwierigste Zeit hinwegzuhelfen. In der sehr lebhaften Diskussion wurde allseitig betont, daß die beste Arbeitslosenunterstützung die größtmögliche Beschaffung von Arbeitsgelegenheit sei. Nach Lage der Sache war man mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden. Man sprach dabei die Erwartung aus, daß diese Abmachungen auch lokal insofern gehalten würden.

Die Herrmannschreiber litten nach Ausbruch des Krieges unter sehr großer Arbeitslosigkeit. Nach und nach haben sich die Verhältnisse aber gebessert. Wie am Montag in einer Vereinsversammlung ausgeführt wurde, ist ein Teil der Hofschreiber zur Militärarbeit übergegangen. Auch in der Nachbrande wie in der Konfektion ist gegenwärtig etwas Arbeitsgelegenheit vorhanden, so daß der Beschäftigungsgrad nicht ungenügend ist. Es wird zwar von manchen Firmen der Herrmannschreiber versucht, die Löhne nieder-

zuhalten, doch ist die gegenwärtige Konjunktur nicht so ungünstig, daß die Arbeiter sich eine Verschlechterung der Löhne gefallen lassen müßten. Der Tarif besteht aus während der Kriegszeit unverändert fort. Die Tariflöhne müssen gezahlt werden. Doch es geschieht, dafür sorgen die beiderseitigen Organisationen, Arbeiter, denen niedrigere Löhne als die im Tarif festgelegten geboten werden, müssen sich also an ihre Organisation wenden, dann werden sie auch zu ihrem Recht kommen. — Einseitlich der Militärarbeit ist zu beachten, daß für Landsturmlöhne die feinerzeit im „Vorwärts“ bekanntgegebenen Lohnsätze vereinbart und unter allen Umständen zu zahlen sind. Die Verhandlungen über die Festsetzung einheitlicher Löhne für andere Militärarbeiten sind noch nicht abgeschlossen.

Achtung, Friseurgehilfen! Die im Tarif vorgesehene Regelung der Arbeitszeit ist nicht aufgehoben. Eine Änderung hat nur in den Lohnsätzen, in der Hauptsache bei den Ausbildeilöhnen, stattgefunden. Alle anderen Bestimmungen des Tarifes sind in Kraft geblieben. Wegen Tarifbruchs für Verbandsmitglieder gesperrt sind: Reinholz, Langestr. 102; Schilling, Gerichstr. 80; Deniger, Müllerstr. 120; Heise, Jahnstr. 6; Judits, Liebigstr. 2; Seile, Weberstr. 13; Liebenow, Wilmersdorf, Radener Straße 45.

Verband der Friseurgehilfen. Deutsches Reich.

In einem Textilarbeiterstreik kam es in Görlitz in der Seidenweberei der Firma Leopold Hermann. Weil den Arbeitern für Webstoffe, für die sie bisher 16 bis 18 M. Lohn erhielten, kurzgehand in dieser Kriegszeit Abzüge von 3 bis 4 M. gemacht wurden, sahen die in dem Betriebe beschäftigten rund 100 Weber und Weberinnen, Organisierte wie Nichtorganisierte, keinen anderen Ausweg, als die Arbeit niederzulegen. Öffentlich macht die Firma die Lohnsätzungen, die in keiner Zeit umgebrochen sind als gerade jetzt, wieder rückgängig.

Aus der Partei.

Unsere Toten.

In Leipzig starb am Sonnabend abend im Alter von 68 Jahren an einem Gehirnschlag der Genosse Rich. Dittmann. Der Verstorbene, von Beruf Schriftfeger, hat sich von früher Jugend an sowohl in der Gewerkschafts- wie in der Parteibewegung für das Wohl seiner Klassenossen eifrig betätigt. Sein Gebiet war in Berlin — Genosse Dittmann war Berliner Kind — wie auch später in Leipzig die harte, zähe Kleinarbeit. Alle, die den Verstorbenen kannten, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Zurückgenommene Verbot.

Gelegentlich der diesjährigen Reise hatte die Polizeiverwaltung in Halle a. S. einen für den Vormittag geplanten Volksfestzug und einen Stoßlaternenumzug der Kinder verboten, weil dadurch die Verkehrssicherheit gefährdet würde. Unsere Genossen hatten gegen das Verbot im Verwaltungsstreitverfahren Klage erhoben. Jetzt hat die Polizeiverwaltung das Verbot unter Übernahme der bisher entstandenen Kosten des Streitverfahrens zurückgenommen.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenversammlung im Abgeordnetenhaus.

Zu unserem Bericht über die kürzlich im Abgeordnetenhaus abgehaltene Versammlung wird uns aus dem Kreise unserer Leserinnen geschrieben: In dieser Versammlung wurden nicht nur Referate von Frau Dr. Bäumer, Frau Levi Rathenau und anderen gehalten, es hat auch eine lebhafte Diskussion stattgefunden. Die Genossinnen Riech und Simon haben ihrem lebhaften Vortragsausdruck gegeben, daß die Landesversicherungsanstalt sehr langsam arbeitete und daß sie die Ledigen von der Unterstützung ausschließt. Die Ledigen, die mit 4 M. wöchentlich Arbeitslosenunterstützung kaum die Schlafstelle bezahlen können, dann aber noch nichts für Brot, nichts für ein warmes Wohl, für Wäsche usw. haben, bedürfen eines entsprechenden Zuschusses nicht weniger als die Verheirateten, für die er natürlich höher sein müßte.

Die Ledigen anzuschließen sei auch ein Unrecht, denn sie haben als Versicherte genau so gut zur Aufbringung der zur Verteilung stehenden Millionen beigetragen wie die Verheirateten. Bei der Notlage der vielen weiblichen Ledigen mache die Befürchtung, daß sie in die Sumpfe der Prostitution verfallen und damit sittliche und gesundheitliche Gefahren für das Volksganze sich mehrten.

Genossinnen Riech und Simon brachten eine Resolution ein, die von allen gegen drei oder vier Stimmen angenommen wurde, in der es dem Sinne nach hieß:

„Die Frauen, die sich in den Dienst der kommunalen Hilfsaktion gestellt haben, erklären auf Grund ihrer Erfahrungen, daß trotz der laufenden Kriegs- und Arbeitslosenunterstützung die Not in den Kreisen der Unbemittelten groß ist.“

Die Unterstützungsätze für die Arbeitslosen sind zu niedrig. Das fühlen am meisten die Unorganisierten, denen der Zuschuß der Organisation fehlt und die Ledigen, die keinen Zuschuß von der Landesversicherungsanstalt erhalten. Die Versammelten bedauern den betreffenden Beschluß der Landesversicherungsanstalt und erziehen diese dringend, ihren Beschluß zu ändern. Gleichzeitig protestieren sie gegen die langsame Erledigung der Unterstützungsfrage.“

Die Resolution sollte dem Magistrat und der Landesversicherungsanstalt übermittelt werden.

Außer einigen Bürgerlichen, die zu der Markenausgabe sich äußerten, sprach noch die Genossin Behl, die schilderte, wie sie in der Kommission, in der sie Mitkämpferin ist, durchgesetzt hat, daß eine Art pflegerischer Behandlung der Fälle, in denen Unterstützung gewährt wird, erfolgt.

Die unterstützten Familien werden von den Rednerinnen von Zeit zu Zeit wieder aufgesucht, um ihnen auch weiter mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und die persönlichen Beziehungen zu ihnen aufrechtzuerhalten.

Ein Herr Hofmann wandte sich gegen das Lob, das Genossin Riech den Gewerkschaften und ihrer segensreichen Tätigkeit spendet, auch wollte sie nicht anerkennen, daß die Arbeitslosen ein soziales Recht auf Unterstützung haben.

Gegen ihre Anschauungen wandte sich Genossin Thiede und Genossin Hanna machte interessante Ausführungen über die Arbeitsverhältnisse im Pädagogerberufe. Während die Innungen erklären, es sei ein Ueberfluß an Arbeitsgelegenheit, seien in Wirklichkeit viele organisierte Pädagogen arbeitslos.

Viele der bürgerlichen Helferinnen erklärten unseren Genossinnen persönlich, daß sie ganz mit ihren Darlegungen einverstanden seien und ihnen danken für ihr Eintreten.

Aus Industrie und Handel.

Der Eisenmarkt.

Düsseldorf, 20. Oktober. (W. L. W.) In der heutigen Hauptversammlung des Stahlwerksverbandes wurde über die Geschäftslage berichtet. Im Eingang von Spezifikationen und Abzug nach dem Inland ist seit dem letzten Berichte eine Besserung zu

bezeichnen. Es ist zu erwarten, daß, nachdem auch für die südwestlichen Werke nunmehr die allgemeine Verkehrssperre beseitigt ist, der Verkauf eine weitere Zunahme erfahren wird. In dem diesjährigen Vauagegeschäft ist aber mit einem wesentlichen Absatz zum noch angeführten der bevorstehenden kälteren Jahreszeit zu rechnen, die erfahrungsgemäß den Bedarf stark zusammenschürft.

Der Verkauf wird für den Rest des Jahres ohne Veränderung des bisherigen Grundpreises freigegeben.

Nach dem Auslande beschränkte sich der Verkauf auf die kontinentalen neutralen Gebiete. Nach Aufhebung des Ausfuhrverbotes erfolgte zunächst ein starkes Absetzen, um die leer gewordenen Lager wieder auszufüllen. Allerdings dürfte auch hier der Einfluß der Wintermonate der Geschäftsentwicklung in etwas Schranken setzen.

Zwei Millionen S. S. S. in Kamerun. Zur Deckung der Ausgaben aus Anlaß des Krieges hat das Kameruner Gouvernement Schatzscheine im Gesamtbetrag von zwei Millionen Mark auszugeben. Die Scheine lauten auf 5, 10, 20, 50 und 100 Mark in Reichswährung.

Gericht'szeitung.

Folgen der Tat eines Arbeitswilligen.

Am 5. Juni vergangenen Jahres, abends 5 Uhr, erschlug der Arbeitswillige Brandenburg einen Arbeiter. Nachher wurde er wegen Notwehr freigesprochen. Die Tat des Arbeitswilligen, der gleich nach der Tat in das Fabrikgebäude zurücklief, veranlaßte Schulleute, die den Vorfall beobachtet hatten, ihn sofort festzunehmen. Ferner sammelte sich vor der Fabrik eine große Menschenmenge an, die stürmisch die Herausgabe des Messerstechers verlangte. Es wurden etwa 35 Fenster Scheiben der Fabrik eingeworfen und die Tore gesprengt. Abends um 10 Uhr fuhr der Landrat in einem Automobil vor und gab den Befehl, blank zu liegen und Verhaftungen vorzunehmen.

10 von den Verhafteten wurden vom Landgericht Steinitz am 23. Februar wegen Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen verurteilt. Vier von ihnen hatten gegen das Urteil Revision eingelegt, nämlich der Arbeiter Richard Angel, der Maurer

Franz Landow, der Rieter Karl Sant, die zu je fünf Monaten, und Frau Bredel, die zu drei Monaten Gefängnis verurteilt war. Am Montag hatte das Reichsgericht über die Revision zu befinden. Das Reichsgericht verwarf die Revision aller Angeklagten. Der Ausgang dieses Prozesses, dessen Urteil jetzt vom Reichsgericht bestätigt wurde, hat feinerzeit unter der Arbeiterenschaft großes Befremden erregt.

Kleine Nachrichten.

Ein ehrlicher „Einbrecher“.

In dieser Zeit der Kriegnot steigt auch die Not in weiten Kreisen der Arbeiterschaft und mancher sonst brave Mensch wird auf Abwege getrieben. So scheint es auch einem Manne ergangen zu sein, der in einer der letzten Nächte in Braunschweig in eine Volkshalle eingebrochen ist und dort logiert hat. Am anderen Morgen fand die Wärrerin die Tür offen und auf dem Tisch einen aus dem Notizbuch gerissenen Zettel, der wie folgt beschrieben war: „Werter Herr! Ich war die Nacht hier drin, weil ich kein Schlafgeld hatte. Bin aber krank und mußte unterkommen. Das Stück Brot, ein Zwieback und eine Tasse Milch wird wohl damit bezahlt sein. Ich habe nichts mehr. Von Ihren Zigaretten usw. habe ich nichts mitgenommen. Verzeihen Sie mir, ich mache es später wieder gut.“

Auf dem Zettel lagen eine 5-Pfennig-Marke und 9 Pf. in bar, also 14 Pf., womit der Fremde das Brot, die Butter und die Milch, die er verzehrt, bezahlt machen wollte. Von den Wertgegenständen der Koffertkammer fehlte kein Stück. Also nur der Hunger und die schlimmste Not haben den Mann zu dem Einbruch getrieben, der kein Einbruch war.

Zusammenstoß zweier Dampfer.

Wie ein Telegramm aus New York meldet, ist der britische Dampfer „Metapan“ mit dem Dampfer „Jowan“ von der American Davaian Line bei Sandy Hook zusammengestoßen. Der erstere ist im Sinken. Ein britisches Kriegsschiff und der Dampfer „Arroland“ sind zur Hilfeleistung abgegangen.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Kreis, Jugendabteilung. Donnerstag, den 22. Oktober, findet bei Riecke, Blauer 16, eine Versammlung für die über 18 Jahre alten jugendlichen Genossen statt.

Dritter Kreis, Jugendabteilung. Die Versammlungen der jugendlichen Mitglieder finden am heutigen Mittwoch, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen statt: Eros, Schönhauser Allee 134b. Referent Christian Böring. Zum Vortrag gelangt: „Die wirtschaftlichen Beziehungen der Kriegsführenden Mächte.“ — Koenigsplatz, Koenigsplatz 6. Referent Käthe Dunder. Dasselbe Thema. — Franke, Bodstr. 19. Referent Emil Finkhorn. Vortrag über: „Kriegsgeschichtliche Rückblicke.“ — Schröder, Stromstr. 36. Referent G. Neumann. Vortrag: „Unsere Kolonien.“

Reutskan. Heute abend 8 1/2 Uhr findet die Versammlung der Jugend bei Bartisch, Hermannstr. 49, statt. Auf der Tagesordnung steht der erste Vortrag des Genossen Wed über: „Allgemeine Geschichtsbegriffe.“ Dieser Vortrag ist für mehrere Abende berechnet.

Spandau-Verdam. Die auf den 21. und 22. d. M. einberufenen Mitgliederversammlungen des Wahlvereins können Umstände halber nicht stattfinden. Der Einbrecher.

Frauen-Leseabende.

Karlshorst. Mittwoch, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der „Sonne“, Dönhofsstraße. Vortrag der Gen. K r e d i t z e - Lichtenberg.

Jugendveranstaltungen.

Reutskan. Sonntag, den 25. Oktober, findet bei Felsch, Ankerstraße 48/49, eine Schillerfeier statt, zu der alle Jugendlichen nebst ihren Angehörigen herzlich eingeladen werden. Programm: Konzert, Scherze, Gesang, Rezitation. Eintritt für Jugendliche 10 Pf., für Erwachsene 15 Pf. Eröffnung 8 Uhr, Beginn präzise 7 Uhr. Eintritt sind in den Jugendheimen, Schulstr. 55/56 und Kogalstr. 15, zu haben.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende Nr. 3, IV. Hof rechts, paterre, am Montag bis Freitag von 3 bis 6 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenbescheinigung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Bitte Fragen tragen man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

S. S. 50. Karben. Unablässig. — R. W. Es ist nur eine Einigung möglich, zwingen können Sie die Dietrich nicht. — G. S. Sie müßten sich an die Polizei wenden, bei der die Anzeige erfolgt ist.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
Petersburger Viertel, Bezirk 339.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Arbeiter
Gustav Ostrowski
(Frankfurter Allee 79)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 22. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Central-Friedhofes im Fried-
richsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
Am Sonntag, den 18. Oktober,
verstarb unser Genosse, der
Färber
Georg Trümper
Eichenmünder Str. 113.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 21. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Central-Friedhofes im Nordend
aus statt.
Um rege Beteiligung wird er-
sucht.
Nachruf.
Am Mittwoch, den 14. Oktober,
verstarb unser Genosse, der
Tischler
Bernhard Hülsens
Schönwalder Str. 6.
Die Beerdigung hat bereits
stattgefunden.
Ehre ihrem Andenken!
231/16 Der Vorstand.

**Verband der Lithographen,
Steindrucker u. verwandten Berufe**
(Deutscher Senefelder-Bund).
Chemigraphen.
Nachruf.
Am 20. August verstarb unser
Mitglied, der Zeichner
Ernst Düjon
bei den Kämpfen im Osten, in-
folge Brust-, Bauch- und Ober-
extremitäten, im Alter von
22 Jahren.
Wir werden sein Andenken stets
in Ehren halten.
169/14 Die Verwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Vorwaltungssitz Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Schlosser
Wilhelm Meckel
Ruheplatzstraße 13,
an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
126/10 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Am 21. August fiel auf dem
Schlachtfeld im Westen unser
Kollege, der Former
Julius Verch.
Derselbe war uns stets ein
guter Kollege.
Ehre seinem Andenken.
Die Kollegen
der Aluminiumfabrik vom
Kabelwerk Ober-Schöneweide.

Nachruf.
Am 21. August fiel auf dem
Schlachtfeld im Westen unser
Kollege, der Former
Julius Verch.
Derselbe war uns stets ein
guter Kollege.
Ehre seinem Andenken.
Die Kollegen
der Aluminiumfabrik vom
Kabelwerk Ober-Schöneweide.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Reutskan. Für den Anzeigenenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Dem Andenken unserer auf dem Schlachtfeld
gefallenen Genossen!**
Am 23. August auf dem Schlachtfeld
Fritz Merkel.
Sozialdemokr. Wahlverein I. d. 1. Berliner Reichstagswahlkr.
Am 24. August bei den Kämpfen im Westen, der Schlosser
Georg Knappe
Stallher Straße 70a (Bezirk 184 II).
Am 11. Oktober bei den Kämpfen im Osten der Arbeiter
Anton Pawlowski
Lange Straße 15 (Bezirk 261).
Am 1. Oktober bei den Kämpfen im Westen der Hausdiener
Bruno Rühlmann
Friedrichstraße 28 (Bezirk 313).
Sozialdemokr. Wahlverein I. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.
Nachfolgende Genossen sind im Felde gefallen:
Gustav Ziessmann
Maurer, Seuffelstraße 37
bei den Kämpfen im Osten;
Albert Warner.
Seuffelstraße 71
Otto Gierke
Klempner, Schlemmerstraße 44
in den Kämpfen im Westen;
Oskar Germer
Werkzeugmacher, Eichenmünder Straße 76
im Kriegslazarett zu Heilsberg.
Sozialdemokr. Wahlverein I. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.

Bei den Kämpfen im Westen fiel unser Mitglied
Callsen
Sophtenstraße 26.
Sozialdemokr. Wahlverein Niederbarnim. Bez. Lichtenberg.
Es fiel am 25. August im Westen der Schmied
Friedrich Krieger
Steglich, Pöschelstraße 13.
Sozialdemokratischer Wahlverein Steglitz.

Fern von seinen Lieben auf dem Schlachtfeld in Frankreich
ruht, von feindlicher Kugel getroffen, mein innigster
Gatte, unser treusorgender, herzenguter Vater, lieber braver
Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe, der Werkzeugmacher
Max Förster
im Alter von 37 Jahren.
Unsern Schmerz um den lieben Verstorbenen verstehen
Sie, die ihn gekannt.
Kathenow, im Oktober 1914. 2806
Martha Förster geb. Kidokat.
Erich und Lottechen, seine lieben Kinder.
Seine lieben Eltern.
Familie Paul Förster.
Familie Otto Schütz, Berlin.
Familie Emil Klankow, Berlin.
Familie Kidokat, Berlin.
Familie Karl Schröter, Berlin.

Fern von der Heimat starb am
22. August im Kampfe fürs
Vaterland in Russland infolge
eines Lungenschuffes unser bergens-
guter Sohn, Bruder und Schwager,
der Tischler
Otto Zeidler.
Dies zeigt tiefbetäubt an
Familie Reinhold Zeidler,
Friedenau, Offenbacher Str. 29.

Am 6. Oktober fiel vor dem
Feinde (Osten) unser Kollege
Wilhelm Jaeck.
Wir werden ihm ein dauerndes
Andenken bewahren. 127/1
Die Kollegen der
Allgemeinen Ortskrankenkasse
der Stadt Berlin.

Fern von der Heimat auf dem Schlachtfeld in Frankreich
ruht, von feindlicher Kugel getroffen, mein innigster
Gatte, unser treusorgender, herzenguter Vater, lieber braver
Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe, der Werkzeugmacher
Max Förster
im Alter von 37 Jahren.
Unsern Schmerz um den lieben Verstorbenen verstehen
Sie, die ihn gekannt.
Kathenow, im Oktober 1914. 2806
Martha Förster geb. Kidokat.
Erich und Lottechen, seine lieben Kinder.
Seine lieben Eltern.
Familie Paul Förster.
Familie Otto Schütz, Berlin.
Familie Emil Klankow, Berlin.
Familie Kidokat, Berlin.
Familie Karl Schröter, Berlin.

Fern von der Heimat starb am
22. August im Kampfe fürs
Vaterland in Russland infolge
eines Lungenschuffes unser bergens-
guter Sohn, Bruder und Schwager,
der Tischler
Otto Zeidler.
Dies zeigt tiefbetäubt an
Familie Reinhold Zeidler,
Friedenau, Offenbacher Str. 29.

Am 6. Oktober fiel vor dem
Feinde (Osten) unser Kollege
Wilhelm Jaeck.
Wir werden ihm ein dauerndes
Andenken bewahren. 127/1
Die Kollegen der
Allgemeinen Ortskrankenkasse
der Stadt Berlin.

Turnverein Freiheit.
Schönwalde, Kreis Nieder-
Barnim.
Nachruf.
Fern von der Heimat, auf dem
Schlachtfeld im Westen, ist unser
lieber Turngenosse und Vor-
sitzender
Hermann Gärtner
in treuester Pflichterfüllung ge-
fallen.
Ruhe sanft in fremder Erde.
Unsern Schmerz um den
lieben Verstorbenen werden die
Verstehen, die ihn gekannt haben.

**Arbeiter-Samariterbund,
Kolonie Groß-Berlin.**
Am 18. Oktober d. J. verstarb
an Herzschwäche infolge Lungen-
unser Genosse
Oskar Germer
Mitglied der II. Abteilung,
welcher als Pfleger und Sektions-
führer mit der Berlin-Göttinger
Pflegerkolonie ins Feld zog, im
Kriegslazarett zu Heilsberg.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Verband der Sattler u. Porteleuillier
Crispewalung Berlin.
Den Kollegen hiermit zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Porteleuillier
Otto Dehmel
(Berksstr. 14, Marienfelde)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 22. Oktober, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Reutskaner Friedhofes,
Rariendorfer Weg, aus statt.
157/8 Die Crispewalung.

In den Kämpfen im Osten starb
infolge eines Lungenschuffes am
11. Oktober im Lazarett in
Rönigsberg unser lieber Kollege
Anton Pawlowski.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren. 140/1
**Die Kollegen
des Zentralmagazin der
städtischen Gaswerke.**

Am Sonntag früh entschied
meine liebe Frau, unsere gute
treusorgende Mutter, Tochter,
Schwester, Schwiegermutter und
Schwägerin
Hedwig Viete
geb. Haupt
im Alter von 30 Jahren. 18/1
Im Namen der Hinterbliebenen
Willi Viete.
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von
der Halle des Friedhofes in der
Goethestraße aus statt.

Die Beerdigung meines lieben
Mannes, des Radlers
Max Heindorf
findet Donnerstag 3 1/2 Uhr von
der Halle des Central-Friedhofes
in Friedrichsfelde aus statt.
Um stille Teilnahme bitte
284b Klara Heindorf geb. Stoffs.

Fern von der Heimat starb am
22. August im Kampfe fürs
Vaterland in Russland infolge
eines Lungenschuffes unser bergens-
guter Sohn, Bruder und Schwager,
der Tischler
Otto Zeidler.
Dies zeigt tiefbetäubt an
Familie Reinhold Zeidler,
Friedenau, Offenbacher Str. 29.

Am 6. Oktober fiel vor dem
Feinde (Osten) unser Kollege
Wilhelm Jaeck.
Wir werden ihm ein dauerndes
Andenken bewahren. 127/1
Die Kollegen der
Allgemeinen Ortskrankenkasse
der Stadt Berlin.

Fern von der Heimat auf fran-
zösischem Boden fiel am 10. Sep-
tember mein innigster Mann,
unser hoffnungsvoller Sohn, unser
guter Bruder und Schwager, der
Referent
Paul Frühauf
Imf.-Reg. Nr. 24.
Dies zeigen schmerzhaft an
Ida Frühauf, geb. Jander,
Familie Frühauf,
als Eltern und Geschwister.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und zahlreichen Kranz-
penden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters
Georg Schulze
sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, besonders den
Kollegen und Angestellten der Firma
F. B. Krüger meinen herzlichsten
Dank. 163/1
**Wittve Anna Schulze
und Tochter**
Reutskan, Eichenmünderstraße 29.

Für die bewiesene Teilnahme bei
der Beerdigung meines lieben Mannes
Vincenz Eilerbach
sage ich allen Bekannten, dem Leiter
und den Kollegen der Deutschen
Schmied- und Werkzeug-Fabrik, aus
dem sozialdemokr. Bahndirektor,
dem Gesangsverein „Frohmann“ sowie dem
Gen. Vater für seine trostreichen Worte
am Grabe meinen herzlichsten Dank.
Ww. Anna Eilerbach
nebst Kindern. 187/1

Stempelfabrik
Robert Hecht,
Inh.: Alfr. Schmeller
Berlin S. 12,
Ritterstr. 116.
Istet schnell und
billig alle Arten
Stempel
in bester Ausführung.

Westmann
I. Mohrenstraße 37a II. Gr. Frankfurter Str. 115
(Kolonnaden). (nahe Andreasstr.)
3 große Verkaufstage.
Mittwoch, Donnerstag, Freitag.
Lange echte Modell-
Pelzmäntel 160. Mohair- (Woll-)
sonst bis 230.— für Plüschmäntel 50.—
Aparte Plüschmäntel 89.— Große Auswahl
auch für stärkste
Figuren!
Langj. Garant. für
Ele- Ulster weicheste
gante Stoffe
darunter Modelle
sonst bis 59.— für 25.—
Seldenplüsch-Mäntel von M. 36.— an.
Einselne Modelle sportbillig!
Phantasia-Kostüme (Modelle), sonst bis 85.— für M. 36.—
Gediegene einfache Ulster schon von M. 7 1/2 an.
Einfache gediegene Kostüme von M. 15.— an.
Röcke und Blusen außerst billig.
Sonntag geöffnet.
Trauermagazin.

Persil
Das selbsttätige Waschmittel für
Hauswäsche
Henkel's Bleich-Soda
Reuters Werke Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts